

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Fidschis UN-Botschafter zum Präsidenten der UN-Generalversammlung gewählt

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) hat am 13. Juni 2016 den Ständigen Vertreter Fidschis bei den Vereinten Nationen in New York, Peter Thomson, zum Präsidenten ihrer nächsten Sitzungsperiode gewählt. Somit wird Thomson ab September für ein Jahr der dann beginnenden 71. Sitzung der Generalversammlung, welcher alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen angehören, vorstehen. Es ist das erste Mal, dass ein Vertreter eines pazifischen Inselstaats die Leitung eines Hauptorgans der Vereinten Nationen übernimmt. In der Abstimmung um die Präsidentschaft der kommenden Sitzungsperiode setzte sich Thomson knapp gegen UN-Botschafter Andreas Mavroyiannis aus Zypern durch.

Basierend auf einem informellen regionalen Rotationsprinzip stand die Präsidentschaft über die UN-Generalversammlung einem Vertreter der asiatisch-pazifischen Staatengruppe zu. Trotz Mitgliedschaft in der Europäischen Union zählt Zypern bei den Vereinten Nationen zur asiatischen Regionalgruppe - ebenso wie die pazifischen Inselstaaten, die auf Initiative Fidschis im Jahr 2011 die Umbenennung der Gruppe in "Asia-Pacific Group" durchsetzen konnten. Da die Regionalgruppen sich in der Regel vorab auf einen gemeinsamen Kandidaten oder eine Kandidatin einigen, ist es sehr ungewöhnlich, dass die Entscheidung wie in diesem Jahr erst in einer KampfAbstimmung fällt. Die Wahl Thomsons unterstreicht Fidschis Engagement in den Vereinten Nationen, welches das Land insbesondere nach der Suspendierung aus der Regionalorganisation *Pacific Islands Forum* (PIF) im Jahr 2009 massiv ausge-

baut hatte, um Kontakte mit neuen Partnern wie China zu knüpfen.

Peter Thomson gilt als erfahrener Diplomat und informeller Sprecher der Gruppe der Vertreter der pazifischen Inselstaaten bei den Vereinten Nationen in New York (PSIDS). Der Sohn eines britischen Kolonialbeamten war viele Jahre als hochrangiger Regierungsbeamter in Fidschi tätig, bevor er in Folge der Militärputsche des Jahres 1987 nach Neuseeland und Australien emigrierte. Dort verarbeitete er seine Erlebnisse während der Putsche in dem preisgekrönten Buch "Kava in the Blood". Aufgrund seiner Emigration verlor er zeitweise auch die fidschianische Staatsbürgerschaft. Seine Rückkehr nach Fidschi und die Wiedererlangung der fidschianischen Staatsbürgerschaft ermöglichten ihm im Jahr 2009 der damalige Militärführer, der durch einen weiteren Putsch im Jahr 2006 an die Macht gekommen war, und heutige fidschianische Ministerpräsident Voreqe Bainimarama. Noch im folgenden Jahr ernannte dieser Thomson zum Ständigen Vertreter Fidschis bei den Vereinten Nationen in New York. In dieser Funktion übernahm Thomson 2013 für ein Jahr bereits den Vorsitz der mächtigen Staatengruppe der G77. (Artikel von Oliver Hasenkamp. Quellen: UN-Generalversammlungsbeschluss GA/11791, UN News Center 13.6.16, Deutsche Welle 13.6.16, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 21.6.16, Wikipedia)

Fidschianer wird Mitglied beim IPCC

Der Berater für Klimawandelfolgen des seit 2013 bestehenden *Pacific Islands Development Forum* (PIDF), der Fidschianer Dr. Mahendra Kumar, ist Anfang Juli in die Arbeitsgruppe des IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*) bei den Vereinten Nationen berufen worden. Der indischstämmige Wissenschaftler soll an dem Sachstandsbericht über die Folgen einer möglichen Begrenzung des Anstiegs der globalen Temperatur auf unter 1,5 Grad

Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter mitarbeiten und seine pazifische Expertise mit einbringen. Dieser Bericht wird im Jahr 2018 erwartet.

Der PIDF-Generalsekretär François Martel begrüßte die Berufung von Kumar. Dieser habe bereits maßgeblichen Anteil an der „Suva Declaration on Climate Change“ gehabt und arbeite an der Umsetzung der Vorgaben aus dem Klimaabkommen von Paris. Bereits in der Suva-Erklärung habe sich Kumar stark gemacht für die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf unter 1,5 Grad Celsius. Er sei genau der richtige Experte aus dem Pazifik für einen Beitrag zum IPCC-Sachstandsbericht. (*Pacnews 10.07.16, Fiji Times 14.07.16*)

Treffen aller Außenminister

Am 12. August trafen sich die Außenminister aller pazifischen Staaten zu einem eintägigen Gespräch im Sekretariat des *Pacific Islands Forum* in Suva (Fidschi). Ziel des Treffens war es, konkrete Maßnahmen im Rahmen des *Framework for Pacific Regionalism* zu erarbeiten. So diskutierten die Minister beispielsweise über das Verhalten nach Naturkatastrophen wie Wirbelstürmen und Erdbeben. Sie überlegten sich konzertierte Aktionen im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels und sprachen über eine gemeinsame Verhandlungsstrategie für die nächste Klimakonferenz im November des Jahres in Marrakesch. Die Außenminister betonten die Bedeutung von Partnerschaftsabkommen zwischen einzelnen Pazifikstaaten. Nur so gelänge es, mit „einer pazifischen Stimme“ als Partner der Weltgemeinschaft wahrgenommen zu werden. Sie sprachen auch über die aktuelle Situation in Westpapua und waren sich einig darin, dass die Menschenrechte dort des besonderen Schutzes bedürften.

Im Bereich der Gesundheit sprachen die Minister über die Zunahme von Gebärmutterhalskrebs in den Pazifikstaaten und die

Möglichkeit, junge Frauen dagegen zu impfen. (Pressemitteilung Pacific Islands Forum 15.08.16)

ULMWP bleibt Beobachter

Bei ihrem Gipfeltreffen in Honiara (Salomonen) hat die *Melanesian Spearhead Group (MSG)* den Antrag der *United Liberation Movement for West Papua (ULMWP)* auf Aufnahme als vollwertiges Mitglied in die MSG abgelehnt. Damit bleibt die ULMWP nur Beobachter des MSG, wie bereits bei der Mitgliederversammlung im vergangenen Jahr beschlossen. Indonesien behält seinen Status als assoziiertes Mitglied.

Die Entscheidung der MSG wurde von Aktivisten aus Westpapua und Europa kritisiert. Auch der vanuatische Premierminister Charlot Salwai zeigte sich überrascht ob der Begründung der MSG, den Beitritt abzulehnen. Man habe damit argumentiert, dass nur unabhängige Staaten Mitglied bei der MSG werden könnten, sagte Salwai. Das sei ein Widerspruch, denn die Unabhängigkeitspartei von Neukaledonien, die FLNKS, sei ja auch „nur“ eine politische Partei und kein eigenständiger Staat, bemängelte er. (Radio NZ Intern. 26.07.16)

Sieben Millionen Menschen ohne Strom

Nach Angaben des Energieversorgers *Pacific Power Association (PPA)* haben sieben der rund 12 Millionen Bewohner Ozeaniens keinen Strom. Außerdem gehören die Strompreise zu den höchsten weltweit, wie ein Sprecher bei der 25. Jahrestagung der PPA in Tonga betonte.

In Nuku'alofa hatten sich vom 1. bis zum 5. August über 200 Angestellte der pazifischen Energieversorger zu ihrer jährlichen Mitgliederversammlung und einer kleinen Verbrauchermesse getroffen.

Kamleshwar Khelawan, der Energieversorgungsbeauftragte der Weltbank erklärte, es seien drin-

gend Investitionen in den Energiesektor nötig. Leider hätten es die Regierungen der pazifischen Inselstaaten bisher versäumt, den Energiemarkt zu privatisieren und auch private Energieversorger zuzulassen. Die Inselstaaten seien wegen des Mangels an dort vorhandenen fossilen Treibstoffen auf teure Importe von Treibstoffen angewiesen. Eine sparsamere und umweltverträgliche Lösung des Energieproblems könnte in der Nutzung alternativer Energien liegen, so der Weltbank-Mitarbeiter. Hydropower könnte – und wird teilweise bereits – auf den Salomonen, Fidschi, Samoa und in Papua-Neuguinea genutzt werden. Auch die Geothermie könne in PNG, Vanuatu und Fidschi zur Energieversorgung beitragen. Auf allen Inseln könnte man Solar- und Windenergie nutzen. Denkbar sei auch der Bau von Biogasanlagen mit der Verbrennung von Pflanzen oder der Nutzung tierischen Düngs bei viehhaltenden Gruppen.

Für eine Lösung des Energieproblems auf den Inseln sei eine konzertierte Aktion nötig, so Khelawan. Die Regierungen müssten dazu mit dem privaten Sektor und überseeischen Entwicklungshilfeorganisationen zusammenarbeiten, um die Stromversorgung zu verbessern. Nach PPA-Angaben haben nur 15 % der Bevölkerung von PNG Zugang zur Stromversorgung, auf den Salomonen sind es 20 % und auf Vanuatu immerhin 30 %.

(<http://www.ppa.org.fj/>, *Matangi Tonga* 03.08.16)

Immer mehr studieren in China

Immer mehr Pazifikinsulaner studieren an Universitäten in China. Das gab ein Sprecher der Behörde *Department of North American and Oceanian Affairs* im chinesischen Außenministerium jetzt bekannt. Diese staatliche Behörde beobachtet und analysiert die Beziehungen, die die Volksrepublik China zu den pazifischen Inselstaaten sowie zu Neuseeland und

Australien unterhält. Demnach studierten im vergangenen Jahr 844 Pazifikinsulaner in China, 483 hatten ein chinesisches Stipendium. Die größte Anzahl der Studierenden kam dabei aus Papua-Neuguinea, gefolgt von Studenten aus Fidschi, Samoa und Vanuatu. (*Vanuatu Daily Post* 28.06.16, <http://www.dw.com/en/china-has-become-a-major-donor-in-the-pacific-islands-region/a-18290737>)

Bau eines Klimawandel-Kompetenzzentrums

Vertreter der Regierungen von Samoa und Japan und das Sekretariat des pazifischen Umweltprogramms SPREP (Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme) haben eine Absichtserklärung zum Bau eines neuen Klimawandel-Kompetenzzentrums (Pacific Climate Change Centre, PCCC) in Vailima (Apia/Samoa) unterzeichnet.

In dem von der japanischen Regierung im Rahmen ihres *Grant Aid Programms* finanzierten Forschungszentrum sollen alle Erkenntnisse und Aktivitäten rund um den Klimawandel und seine Folgen für die pazifischen Inselstaaten gebündelt werden. Vertreter der SPREP sollen sich hier mit Vertretern anderer Organisationen austauschen können. Außerdem sollen die Klimawandelbeauftragten der einzelnen pazifischen Staaten das Zentrum als Fort- und Weiterbildungsstätte nutzen können. Hier sollen auch Anpassungsstrategien an Klimawandelfolgen erarbeitet und ausprobiert werden.

Das PCCC wird vermutlich ab Juni 2017 gebaut und soll dann im Juli 2018 seine Arbeit aufnehmen. Geplant ist ein energieeffizientes Gebäude aus pazifischen Naturmaterialien. (*Samoa Observer* 11.08.16, <https://www.sprep.org/climate-change/pacific-climate-change-centre-to-begin-construction-in-june-next-year>)

Sturmsichere Häuser

Die Wohlfahrtsorganisation *Habitat for Humanity* plant in den nächsten sechs Monaten den Bau von 100 wirbelsturmsicheren Häusern auf den Inseln Fidschi, Samoa und Tonga. Die Vertreterin des neuseeländischen Habitat-Zweigs, Claire Szabo, erklärte, man wolle präventiv tätig werden und vor Beginn der neuen Hurrikan-Saison einige sturmfeste Häuser bauen. Durch den Klimawandel müsse man künftig mit häufigeren und stärkeren Stürmen rechnen, deshalb wolle sich Habitat bereits im Vorfeld für die Sicherheit der Bevölkerung engagieren.

Info: Habitat for Humanity ist eine internationale christliche Non-Profit-Organisation, die 1976 in Americus (USA) gegründet wurde. In über 70 Ländern baut die Hilfsorganisation in nachhaltigen Projekten und mit einem Freiwilligenprogramm Häuser für bedürftige Menschen. Ziel der Hilfsleistungen ist es, gegen die weltweiten Armutsherausforderungen vorzugehen und Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder Nationalität ein menschenwürdiges Wohnumfeld zu ermöglichen. Neben dem weltweiten Hausbau ist die Organisation als Experte für katastrophensichere Bauweise in der Katastrophenvorsorge und im langfristigen und nachhaltigen Wiederaufbau nach Naturkatastrophen tätig. (Radio NZ Intern. 25.07.16, Wikipedia, <http://www.habitat.org.nz/newspage.html>)

Weltweit größtes Meeresschutzgebiet

Vor zehn Jahren hatte der damalige US-amerikanische Präsident George W. Bush das Meeresschutzgebiet *Papahānaumokuākea Marine National Monument* rund um die hawaiischen Inseln eingerichtet. Am 26. August machte der amtierende Präsident Barack Obama von seinem Exekutivrecht Gebrauch und erweiterte das Meeresschutzgebiet um mehr als das Vierfache. Der marine Natio-

nalpark erstreckt sich nun über eine Fläche von 1,51 Millionen Quadratkilometern und ist damit noch vor dem Meeresschutzgebiet der Cook-Inseln das größte Naturschutzgebiet der Welt. Seit 2010 gehört das Gebiet sowohl zum Weltkulturerbe als auch zum Weltkulturerbe der UNESCO.

In dem Meeresschutzgebiet lebende tausende seltene Arten, darunter hunderte endemische Tierarten. Rund 14 Millionen Seevögel haben dort ihre Heimat, außerdem leben einige vom Aussterben bedrohte Meeresschildkrötenarten sowie Mönchsrobben und seltene Albatrosse vor Hawai'i. Dort vorkommende schwarze Korallen sind vermutlich über 4.000 Jahre alt.

Die Umweltschutzorganisation *Greenpeace* begrüßte die Erweiterung des Schutzgebietes. In dem Gebiet sind nun die Förderung von Bodenschätzen aus der Tiefsee sowie der kommerzielle Fischfang jenseits der 200-Meilen-Zone bei Strafe verboten. Gerade dies kritisierten jedoch einheimische Fischer, da nun rund 60 Prozent der Gewässer vor der Küste der Inseln nicht mehr für den kommerziellen Fischfang genutzt werden dürfen.

Das Weiße Haus machte deutlich, dass die massive Ausweitung des Gebietes auch als ein Geschenk an die Ureinwohner Hawaiis betrachtet werden soll. Sie sehen das Meer vor ihren Inseln als heiligen Ort an.

(<http://www.papahānaumokuākea.gov/>)

Drei neue Fischarten entdeckt

In einem geschützten Meeresgebiet vor Hawai'i haben Taucher drei dort bisher nicht bekannte Fischarten gesichtet. Zwei davon hätten sie in dem Marine-Nationalpark *Papahānaumokuākea* nordwestlich der hawaiischen Inseln fangen können. Eine dritte unbekannte Fischart konnte gefilmt werden, wie die amerikanische Meeresschutzbehörde

NOAA mitteilte.

Die Wissenschaftler beobachteten bei ihrer Expedition zudem ein beträchtliches Korallensterben als Folge einer Korallenmassenbleiche im Jahr 2014. (*Pressemeldung ap 16.06.16*)

Kokosnusssorten bewahren

Vertreter aus Fidschi, Samoa und Papua-Neuguinea haben ein auf drei Jahre angelegtes Projekt zur Bewahrung der Diversität von Kokospalmen im Pazifik gestartet.

Die Kokospalme oder Kokosnusspalme (*Cocos nucifera*) ist ein tropisches Palmengewächs, an dem die Kokosnuss wächst. *Cocos nucifera* ist die einzige Art der Gattung, es gibt jedoch verschiedene Sorten. Kokospalmen werden seit mindestens 3.000 Jahren angebaut. Heute liefert die Kokospalme 8 % des Weltpflanzenölbedarfs und wird auch sonst vielfältig genutzt, u.a. als Bau- und Transportmaterial.

Die drei pazifischen Staaten haben sich für ihr Projekt mit dem *International Coconut Genetic Resources Network* zusammengeschlossen. Ziel ist es, die Vielfältigkeit der pazifischen Kokospalmsorten für zukünftige Generationen zu bewahren. Hilfestellung bei der Aufbewahrung von Samen und Setzlingen leistet das panpazifische *Centre for Pacific Crops and Trees*. Dazu soll in Puniuni (Papua-Neuguinea) eine neue Gen-Datenbank für Kokospalmen eingerichtet werden, die „*International Coconut Genebank*“ (ICG). Diese soll die bis dato in Madang bereits vorhandene Datenbank ersetzen und auch Proben von Kokospalmen aus weiteren pazifischen Staaten lagern.

Finanziert wird das Projekt von der britischen *Darwin Initiative*, die sich weltweit für die Bewahrung der genetischen Biodiversität einsetzt. (*Fiji Times 14.07.16, Pressemitteilung SPC 13.07.16*)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Treffen mit frz. Präsidenten

Erstmals hat der neuguineische Premierminister Peter O'Neill den französischen Präsidenten François Hollande in Frankreich getroffen. Pazifische Journalisten sprachen von einem „*historischen Ereignis*“. Die beiden Staatsoberhäupter führten Mitte Juni eintägige Gespräche im Élysée-Palast in der Hauptstadt Paris. Es ging vor allem um die Auswirkungen des Flüssiggasprojekts LNG. 2018 soll die Produktion von Flüssiggas auf den Ölfeldern von Elk-Antelope in der Golf-Provinz starten. Die Felder werden von dem französischen Konzern TOTAL SA betrieben. Dieser plant die Schaffung von 10.000 Arbeitsplätzen in den weiterverarbeitenden Fabriken in Port Moresby und von 3.000 Arbeitsplätzen vor Ort auf den Ölfeldern. Es sei daher mit dem massiven Zuzug von französischen Facharbeitern nach Papua-Neuguinea zu rechnen, erklärte O'Neill.

Zwar bestehen bereits seit 40 Jahren diplomatische Beziehungen zwischen Frankreich und Papua-Neuguinea, doch erst jetzt käme es zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Austausch, wie Premier O'Neill erklärte. Dadurch werde PNG in Frankreich bekannter, zukünftig könne man wohl auch mit mehr französischen Touristen rechnen, die ihre Familienangehörigen besuchen wollten.

Frankreich könne sich zu einem Einfallstor für den Handel mit anderen europäischen Ländern entwickeln, wünschte sich O'Neill. Mit dem Export hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte und MSC-zertifiziertem Fisch habe sein Land den Europäern auch einiges zu bieten, sagte der Premier sichtlich stolz. Bisher exportiere man jedoch zollfrei nur Fischkonserven nach Frankreich, bedauer-

te er weiter. (*Post-Courier* 17.06.16, *Radio NZ Intern.* 18.06.16)

Neuer Ombudsmann

Nach zwei Jahren im Amt der Ombudsfrau (*Acting Chief Ombudsman*) in der überparteilichen und unparteiischen Kommission gegen Korruption und Vetternwirtschaft und für gute Regierungsführung der Politiker musste Phoebe Sangetari ihr Amt aus Altersgründen aufgeben. Die erste Frau in der Position der Ombudsfrau wurde im April 55 Jahre alt und hatte damit das Alter erreicht, das per Gesetz zur Amtsaufgabe zwingt. Die aus dem Dorf Samba im Sohe District (Oro Province) stammende Juristin sagte, sie fühle sich geistig noch fit und eingearbeitet in ihr wichtiges Amt, müsse jedoch die Regeln respektieren. Vor ihrem Dienstende habe sie noch eine Diskussion über Altersgrenzen in Ämtern angestoßen, bemerkte die Ex-Ombudsfrau augenzwinkernd. Zu ihrem Nachfolger wurde Michael Dick gewählt. (*Post-Courier* 05.08.16, <http://www.ombudsman.gov.pg/>)

Hilfe für Hungernde

Die private Hilfsorganisation *CARE International* (Cooperative for Assistance and Relief Everywhere) hat Anfang Juli mit der Verteilung von Lebensmitteln und Saatgut in den Hochlandprovinzen Enga und Hela begonnen. Seit Beginn des Wetterphänomens El Niño im August vergangenen Jahres litten über 125.000 Menschen in den betroffenen Regionen an Hunger. Der durch El Niño verursachte Frost und die anschließende Dürre haben die Ernte stark geschädigt, vor allem die Süßkartoffeln als Hauptnahrungsmittel der Menschen seien erfroren. Die Menschen hätten im letzten Jahr von Kürbis, Krautsalat und grünem Gemüse gelebt, sagte CARE-Koordinatorin Blossom Gilmour. Die Verteilung von 70 Kilogramm Reis pro Haushalt gestalte sich schwierig, so Gilmour weiter. Es müsse mit den Klanäl-

testen zunächst einmal festgelegt werden, wer in welchem Haushalt lebe, um niemanden zu übergehen. Gerade für sehr isoliert gelegene Dörfer im Hochland sei es schwierig, an die Lebensmittelrationen zu kommen.

Die Menschen hätten bereits neu ausgesät, doch im kühleren Hochlandklima dauere es sechs bis neun Monate bis zur nächsten Ernte. Diese Zeit gelte es mit CARE-Paketen zu überbrücken, so die Mitarbeiterin.

(*Radio Australia* 05.07.16, <http://www.care-international.org/where-we-work/papua-new-guinea>)

Singapur Nachtclubbetreiber kauft Mine

Die *LifeBrandz Group* aus Singapur hat Mitte Juli die Tolokuma-Mine im Distrikt Goilala in der Central Province für 212 Millionen US-Dollar gekauft. Seit November 2015 war die Mine im Besitz des asiatischen Geschäftsmannes Soh Sai Kiang und dessen Firma *Asidokona Mining Resources*. Petromin PNG hatte sie für 80 Millionen Kina an Kiang verkauft.

LifeBrandz gibt es seit 2001, seit 2004 hat die Firma ihren Sitz in Singapur. Dort betreibt sie sechs Nachtclubs, Bars und Restaurants. Sie versteht sich als „Firma für Lifestyle“ und wirbt damit, Touristen ein „*pulsierendes Nachtleben in Singapur*“ zu bieten.

Info: Die Tolokuma-Goldmine liegt rund 100 Kilometer nördlich von Port Moresby in der Owen Stanley Range in einer Höhe von 1.550 Meter. 1995 hatte die Firma *Petromin PNG* den Betrieb aufgenommen. Die Produktion steht derzeit still. Zur Mine gehören noch fünf Abbaukonzessionen in den Bergen. (*Papua New Guinea Mine Watch* 13.07.16, <http://lifebrandz.listedcompany.com/news.html/id/535519>)

BOUGAINVILLE

Rio Tinto verschenkt Minen-Anteile

Die multi-nationale Bergbaugesellschaft *Rio Tinto* hat ihre 53,8% Anteile an *Bougainville Copper Ltd.* (BCL), dem Betreiber der stillgelegten Gold- und Kupfermine Panguna auf Bougainville, an die *Autonome Regierung von Bougainville* (Autonomous Bougainville Government, ABG) und den Staat Papua-Neuguinea verschenkt. *Rio Tinto* übergab die Anteile an einen Fonds, der wiederum 36,4 % an das ABG und 17,4 % an den Staat PNG weitergeben sollte. Damit hätte PNG nun ebenfalls 36,4 % Anteile an BCL.

ABG-Präsident John Momis zeigte sich verärgert über diese Regelung. Panguna sei eine Mine in Bougainville und nicht in Festland-PNG und deshalb gebühre dem ABG ein höherer prozentualer Anteil an BCL. Mit einem Mehrheitsanteil an der Mine könnte die Diskussion über eine eventuelle Wiedereröffnung der Mine erneut beginnen, so Momis. Wenn die Mine überwiegend im Besitz der Regierung von Bougainville sei, müsste man neu über die Wirtschaftlichkeit einer Inbetriebnahme der im Mai 1989 aufgelassenen Mine diskutieren, so der verärgerte Präsident. Auf Unverständnis und Sorge stieß auch die Ankündigung von *Rio Tinto*, sich nicht mehr für die Beseitigung der Umweltschäden aus dem Minenbetrieb einzusetzen und ihr soziales und Umwelt-Engagement im Gebiet um die Mine einzustellen.

Anfang Juni hatte das ABG das Moratorium über den Abbau von Ressourcen aus der stillgelegten Mine aufgehoben und damit den Weg frei gemacht für „small-scale“-Bergbau, also den privaten Abbau in Eigeninitiative. Mit der Aufhebung des Moratoriums wäre auch ein erneuter Minenbetrieb möglich. Hier soll jedoch – wenn überhaupt – nur BCL tätig werden, weil kein anderer die Mine und ihre Geschichte so gut kenne, wie

es aus Regierungskreisen hieß.

Aktuelle Info: Die Proteste von Momis Regierung führten Mitte August schließlich dazu, dass die Zentralregierung in Port Moresby anbot, ihre Anteile an der Mine an das ABG zu übertragen. Premier O'Neill erklärte, man habe auf Beschluss des Parlaments die 17,5 % Regierungsanteile an das ABG „verschenkt“ unter der Auflage, dass diese Anteile an die traditionellen Landeigner im Gebiet der Panguna-Mine überschrieben werden. Mit der Schenkung verfügt das ABG nun wieder über 53,8 % der Anteile an Bougainville Copper.

27 % der Anteile an *Bougainville Copper* unterhalten weiterhin Kleinstaktionäre auf der ganzen Welt, darunter auch die *European Shareholders of Bougainville Copper* unter Leitung des deutschen Präsidenten Axel Sturm.

(*Bougainville News* 01.07.16, <http://asiapacificreport.nz/2016/06/13/bougainville-majority-not-aware-of-mining-moratorium-being-lifted-says-bfm/>, Email Dr. R. Seib 01.08.16, EMTV 18.08.16, AFP 17.08.16)

SALOMONEN

MSC-Zertifizierung für Thunfisch

In den Hoheitsgewässern der Salomonen gefangener Thunfisch ist Mitte Juli mit dem blauen Umweltsiegel MSC (*Marine Stewardship Council*) für verantwortungsvolle und nachhaltige Fischerei ausgezeichnet worden. Pro Jahr werden in der Exklusiven Ökonomischen Zone der Salomonen ca. 25.000 bis 30.000 Tonnen an Bonitos und Gelbflossenthun gefangen. Die Thunfische werden vor Ort in Noro (Western Province) in den Fabriken der Firma *SolTuna* verarbeitet. In der Fabrik arbeiten 2.000 Angestellte. *SolTuna* produziert neben Dosenthunfisch auch Öl, Fischfutter und Tiefkühlgerichte.

Die MSC-Zertifizierung erfolgte auf Bestrebungen von *Tri Marine*, Betreiber von Fischfangflotten im westlichen und zentralen Pazifik. *Tri Marine* hatte erst kürzlich den

Thunfisch aus Amerikanisch-Samoa zertifizieren lassen und regte die weitere Zertifizierung von Fischen aus den Gewässern der Salomonen an.

Info: Der MSC (Marine Stewardship Council) ist eine internationale, unabhängige und gemeinnützige Organisation. Der MSC-Umweltstandard für nachhaltige Fischerei (das „blaue Siegel“) basiert auf den Kriterien für „nachhaltige Fischerei“, die gemeinsam mit über 200 weltweit tätigen Experten aus Wissenschaft, Fischerei und Umweltschutz entwickelt wurden.

Das Fundament des MSC-Umweltstandards bilden folgende Prinzipien: 1) Schutz der Fischbestände, 2) minimale Auswirkungen auf das Ökosystem und 3) verantwortungsvolles und effektives Management.

Mit der MSC-Zertifizierung hat die Vermarktung des salomonischen Thunfisches bessere Chancen auch auf dem europäischen Absatzmarkt. (*World Fishing & Aquaculture* 13.07.16, <https://www.msc.org/>)

Multimedia-Reportage gewinnt UN-Preis

Die im Juni letzten Jahres auf der Homepage der australischen Tageszeitung „*Sydney Morning Herald*“ eingestellte multimediale Reportage über die Folgen des Klimawandels für die Insel Taro (Salomonen) ist mit dem *UN Association of Australia- World Environment Day Media Award* ausgezeichnet worden. Der Autor Adam Morton, die Fotografin Penny Stephens und die Filmproduzentin Marija Ercegovac erhielten den Medienpreis für das spektakuläre Zusammenspiel von Text, Film und Fotografie. Die farbenfrohen Fotos von der idyllischen Südseeinsel Taro stünden im krassen Widerspruch zu dem Text, der die Bedrohung dieses „Inselparadieses“ durch den Meeresspiegelanstieg in drastischen Worten schildere, hieß es in der Begründung der Jury. Die multimediale Reportage sei ein Paradebeispiel für guten Journalismus

und bringe das Schicksal der Menschen von Taro in die heimischen Wohnzimmer, erklärte ein Jurymitglied des UN-Vergabegremiums.

Die Reportage „*The vanishing Island*“ schildert am Beispiel einiger Menschen das Schicksal der rund 600 Bewohner von Taro, der Verwaltungshauptstadt der Provinz Choiseul. Die Bewohner der nur rund zwei Meter hohen Atollinsel Taro werden vermutlich noch in diesem Jahr umgesiedelt nach Choiseul BayTown, eine noch im Aufbau befindliche, künstlich angelegte Stadt inmitten von Sumpfgelände und Mangrovenwäldern an einem Fluss im Hinterland der Insel Choiseul.

Hier geht es zur Reportage:

<http://www.smh.com.au/interactive/2015/the-vanishing-island/>
(Solomon Star 13.06.16)

Orden für Sir Peter Kenilorea (†)

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 38. Unabhängigkeitsjubiläum der Salomonen ist eine Reihe von Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Sport und Politik mit Verdienstmedaillen und Orden ausgezeichnet worden. Die höchste Auszeichnung des Staates, der „*Star of Solomon Islands*“, wurde posthum vergeben an den am 25. Februar des Jahres verstorbenen Politiker Sir Peter Kenilorea (geb. 23.05.1943 in Malaita). Sein Sohn Peter und seine Witwe Margaret nahmen die Auszeichnung in Lawson Tama stellvertretend entgegen.

Peter Kenilorea absolvierte zunächst ein Lehramtsstudium in Neuseeland, bevor er 1971 auf die Salomonen zurückkehrte, um das Land politisch auf seine Unabhängigkeit vorzubereiten. 1976 wurde er in das Kabinett gewählt, zwischen 1978 und 1986 war er mehrfach für einige Jahre Premierminister des dann unabhängigen melanesischen Inselstaates. Von 1988 bis 1989 und erneut von 1990 bis 1993 war er Außenminis-

ter der Salomonen. Nach seinem Rückzug aus der Politik 1993 übernahm er für drei Jahre den geschäftsführenden Vorsitz über die *Forum Fisheries Agency* in Honiara. 2000 kehrte er in die Politik zurück und war für zwei Legislaturperioden Parlamentssprecher. Im Jahr 2008 publizierte der siebenfache Vater und zigfache Großvater seine Autobiographie mit dem Titel „*Tell it as it is*“.

Info: Der „Star of Solomon Islands“ wird seit 1981 vergeben. Er ist die höchste staatliche Auszeichnung. Zu den bisherigen Preisträgern gehören u.a. die ehemalige Premierministerin von Neuseeland, Helen Clark, der ehemalige Premier von Australien, John Howard, und Sir Michael Somare, der ehemalige Premierminister von Papua-Neuguinea. (Solomon Star News 09.07.16, <http://www.radionz.co.nz/international/pacific-news/297476/solomons-first-pm-sir-peter-kenilorea-dies>)

Studenten kehren zurück

Aus Sorge um die Sicherheit ihrer in Papua-Neuguinea lebenden Studierenden haben die Salomonen alle 127 Auslandsstudenten zurückgeholt. Die jungen Menschen lernten an den Universitäten in Port Moresby, Goroka und Lae und hatten ein Stipendium des Staates für ihr Auslandsstudium erhalten. Ein Regierungssprecher der Salomonen begründete die Rückholaktion mit der Sicherheitslage an den Universitäten. An mehreren Hochschulstandorten in Neuguinea war es im Mai und Juni zu friedlichen studentischen Protesten gegen die korrupte Regierung unter Premierminister Peter O'Neill gekommen. Die Unruhen waren von Sicherheitskräften unter Einsatz von Waffen gewaltsam beendet worden. Mindestens 17 Studierende wurden verletzt, vier Studenten starben. (Radio NZ Intern. 17.06.16)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Oliver Hasenkamp (Berlin), Vorstandsvorsitzender des Pazifik-Netzwerks e.V.]

Sitiveni Rabuka zum SODELPA-Chef gewählt

Die größte fidschianische Oppositionspartei *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA) hat im Juni den Anführer der beiden Militärputsche im Jahr 1987 und späteren Premierminister Sitiveni Rabuka zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Die umstrittene Entscheidung fiel auf dem jährlichen Parteitag, bei dem Rabuka die Stimmen von 19 der stimmberechtigten Delegierten erhielt. Unterschiedlichen Quellen zur Folge stimmten entweder 14 oder 15 anwesende Delegierte gegen ihn. Er folgt der vorherigen Parteichefin und Oppositionsführerin Ro Teimumu Kepa, die nach monatelangen internen Streitigkeiten und Machtkämpfen nicht wieder angetreten war.

Sitiveni Rabuka hatte 1987 in zwei Militärputschen die Regierung unter Timoci Bavadra von der *Fiji Labour Party* (FLP) gestürzt und Fidschi zur Republik erklärt und somit die britische Queen als formelles Staatsoberhaupt abgesetzt. 1992 wurde er schließlich als Mitglied der Partei *Soqosoqo ni Vakavulewa ni Taukei* (SVT), die sich für die politischen Interessen der indigenen Bevölkerung Fidschis (*i-taukei*) einsetzte, zum Premierminister gewählt. Diese Funktion behielt er bis zu einer Wahlniederlage im Jahr 1999. Vorwürfe, er habe auch bei den Unruhen und dem bewaffneten Coup unter dem Geschäftsmann George Speight gegen seinen Amtsnachfolger Mahendra Chaudhry (FLP) im Hintergrund die Stricke gezogen, hat er stets zurückgewiesen. Nach seiner Abwahl wurde Rabuka Vorsitzender des *Great Council of Chiefs*, der mittlerweile vom heutigen Premierminister Voreqe Bainimarama abgeschafft worden ist.

Der Wahl Rabukas zum neuen SODELPA-Vorsitzenden waren monatelange interne Streitigkeiten in der Partei vorausgegangen, bei denen es insbesondere um den Führungsstil der bisherigen Parteichefin Teimumu Kepa und Vorwürfe, sie habe Parteigremien bei wichtigen Entscheidungen umgangen, gegangen ist (siehe vergangene Ausgaben der *Pazifik aktuell*). Vor der Wahl Rabukas hatten zahlreiche Mitglieder und hochrangige Vertreter der Partei angekündigt, diese im Falle eines Wahlsieges von Rabuka verlassen zu wollen. Auch Teimumu Kepa hatte sich öffentlich gegen eine Wahl Rabukas ausgesprochen. Sie sagte, SODELPA brauche keinen Putschisten an der Parteispitze und viele Menschen hätten unter den Putschen gelitten. Nach der Wahl Rabukas gab es Gerüchte, Teimumu Kepa könnte gemeinsam mit anderen Parteimitgliedern die Gründung einer neuen oppositionellen Partei anstreben. Dies wiesen sie und weitere SODELPA-Vertreter mittlerweile jedoch zurück. Die fidschianischen Tageszeitungen *Fiji Sun* und *Fiji Times* spekulierten, dass die Gründung einer neuen Partei ursprünglich angedacht gewesen sei, aufgrund mangelnder Unterstützung jedoch fallen gelassen worden sei. Bis zu den Parlamentswahlen im Jahr 2018 soll Teimumu Kepa Fraktionsvorsitzende der SODELPA-Abgeordneten im fidschianischen Parlament und somit parlamentarische Oppositionsführerin bleiben.

Trotz der Kritik gab sich Rabuka nach seiner Wahl versöhnlich. Er wolle auf diejenigen in der Partei zugehen, die ihn nicht an der Parteispitze hätten sehen wollen. Sein Abstimmungsergebnis sei nicht sehr überzeugend gewesen und ihm sei bewusst, dass er eine Menge Arbeit vor sich habe, sagte er in einem Interview im fidschianischen Fernsehen. Er wolle die Partei mit Ernsthaftigkeit, Ehrlichkeit und Mitgefühl in den Wahlkampf für die Parlamentswahl im Jahr 2018 führen. Wie er bereits kurz nach seinem Amtsantritt angekündigt, werde er sich im Falle

eines Misserfolgs bei den Wahlen wieder von der Parteiführung zurückziehen.

Die kleinere im Parlament vertretene Oppositionspartei *National Federation Party* (NFP) gab nach der Wahl bekannt, sie sei auch weiterhin bereit, mit SODELPA zusammenzuarbeiten. Bereits in der Vergangenheit hat es jedoch immer wieder große inhaltliche Differenzen zwischen den beiden Oppositionsparteien gegeben. So wird SODELPA unter anderem weiterhin vorgeworfen, eine Politik insbesondere für die indigene Bevölkerung Fidschis zu betreiben.

Beobachter bemängeln, dass die Wahl Rabukas zum SODELPA-Parteivorsitzenden jegliche Kräfte zur Erneuerung der fidschianischen Politik zum Stillstand gebracht habe. Die beiden derzeit einzigen politisch ausschlaggebenden Strömungen in Fidschi werden nun von Personen angeführt, welche die Verantwortung für Militärputsche tragen. Auch der derzeitige Premierminister Voreqe Bainimarama, dessen *Fiji-First*-Partei nach einer umstrittenen Verfassungsreform in demokratischen Wahlen im Jahr 2014 eine absolute Mehrheit gewonnen hatte, hat 2006 mit einer Militärintervention die Macht im Land übernommen und das Land in den folgenden Jahren als Übergangspräsident regiert. Auch andere Parteien wie die *Fiji Labour Party* wurden in den vergangenen Jahren weiterhin auf Führungsebene von Personen dominiert, die seit Jahrzehnten in der fidschianischen Politik aktiv sind und als Akteure an politischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit beteiligt gewesen sind. So scheint einer Erneuerung und Überwindung alter Gräben durch jüngere Kräfte derzeit kaum absehbar.

Die bekannte fidschianische Politikwissenschaftlerin Sandra Tarte schrieb in einem Beitrag für das *East Asia Forum*, die Wahl Rabukas habe das Potenzial, die politische Uhr in Fidschi zurückzudrehen. Rabuka habe in der Vergangenheit Führungsstärke bewiesen und habe mit seiner

Persönlichkeit derzeit als einziger die Chance, eine Gefahr für Premierminister Voreqe Bainimarama zu werden. (*Radio New Zealand International* 20.6.16, 24.6.16, 5.7.16, *ABC* 24.6.16, 30.6.16, *East Asia Forum* 5.8.16, *Fiji Times* 28.6.16, *Fiji Sun* 25.8.16)

Untersuchung eingeleitet: Folter-Vorwürfe gegen Polizei & Militär

Das Magazin *Islands Business* hat im Juli auf seiner Facebook-Seite verstörende Bilder von drei Männern veröffentlicht, die im Jahr 2009 wegen des Verdachts, Drogen angebaut zu haben, während eines gemeinsamen Einsatzes von Polizei- und Militärbeamten brutal misshandelt und gefoltert worden sein sollen. Wie das Magazin mitteilte, hatte es die Echtheit der Bilder zuvor verifiziert und mit den Betroffenen gesprochen. Die Bilder verbreiteten sich in den folgenden Tagen mit großer Geschwindigkeit in den sozialen Medien und lösten eine Diskussion über Folter durch Polizei- und Militärkräfte aus. Der fidschianische Polizeichef Sitiveni Qililo ordnete eine Untersuchung des Vorfalles an.

Die fidschianische Tageszeitung *Fiji Times* veröffentlichte in den Tagen nach Bekanntwerden des Vorfalles weitere Details zu den Fotos. Demnach ereignete sich der Vorfall im Hochland von Sigatoka, wo die drei betroffenen Männer sich um eine Farm kümmerten, als sie von mindestens sieben Männern in Polizei- und Militäruniformen attackiert worden seien, die zu diesem Zeitpunkt Razzien in der Gegend durchgeführt hätten, um den illegalen Anbau von Drogen zu unterbinden. Konkret soll es bei der betroffenen Farm um den Verdacht auf den Anbau von Marihuana gegangen sein. Nach Aussage der Farmer misshandelten und folterten die Einsatzkräfte sie auch dann weiter, nachdem sie bereits zugegeben hatten, dass sie sich um die Farm kümmerten, und eingewilligt hatten, sich vor Gericht zu verantworten.

Nach der Attacke mit Tritten, Schlägen und Stöcken seien die Verdächtigen gefesselt worden, bevor sie weiter geschlagen wurden und ihnen mit kochendem Wasser die Haut verbrüht wurde. Schließlich wurden die Männer trotz ihres Zustands gezwungen, etwa sechs Stunden zu einer Siedlung zu laufen, bevor sie in ein Krankenhaus gebracht wurden. Dort seien sie isoliert von den anderen Patienten behandelt und gezwungen worden, Dokumente zu unterzeichnen, um ihr Stillschweigen zu versichern. Anderenfalls hätte man das Recht, sie zu töten, weil sie Drogen angebaut hätten. Mindestens einer der Verdächtigen soll bei dem Vorfall zudem massiv rassistisch beleidigt worden sein. Wie der Mann *Fiji Times* berichtete, sollen die Einsatzkräfte ihr brutales Vorgehen gar damit begründet haben, dass sie ihn fälschlicherweise für einen Fidschianer indischer Abstammung hielten. Der Mann berichtete der Zeitung auch, dass er bis heute unter einem Trauma und starken Schlafstörungen leide.

Nachdem die Fotos und Berichte über die Misshandlungen publik wurden, hat der fidschianische Polizeichef General Qiliho eine Untersuchung des Vorfalls angeordnet. In einem Statement betonte der Polizeichef, der bei den Vorfällen im Jahr 2009 selbst noch nicht im Amt war, er billige das Vorgehen der Beamten nicht und werde alle notwendigen disziplinarischen Maßnahmen ergreifen, sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten. Bereits zuvor habe er den Polizeibeamten immer wieder deutlich gemacht, dass die Rechte von Verdächtigen bei allen Einsätzen zu achten seien und allen Vorwürfen über Missachtung dieser Rechte nachgegangen würde. Qiliho sagte im August, er glaube, die Vorfälle hätten verhindert werden können und die konsequente Einhaltung von Menschenrechtsnormen durch die Polizeikräfte sei in der Vergangenheit fraglich gewesen. Dies ist eine ungewöhnlich selbstkritische Aussage. Zugleich verwies Qiliho aber auch darauf, dass es sich um einen Fall von

Verschulden und Amtsmissbrauch einzelner Individuen handele, und bat die Öffentlichkeit darum, der Polizei die Ruhe und Zeit zu geben, den Fall aufzuarbeiten.

In den Jahren nach der Machtübernahme des Militärs im Jahr 2006 hatte es immer wieder Berichte über Folter und Einschüchterungen durch Polizei und Militär gegeben. Insbesondere das Militär besteht bis heute fast ausschließlich aus indigenen Fidschianern und galt lange als Institution, die sich wenn nötig auch durch militärische Interventionen in die Politik für die Interessen der indigenen *i-taukei* einsetzte. Eigentlich hatte der frühere Militärführer und heutige Premierminister Voreqe Bainimarama hier nach seiner Machtübernahme im Jahr 2006 offiziell eine Wende vollzogen und versucht, das Militär und seine Regierung als Garant für ein Überwinden der ethnischen Spannungen in dem Land zu positionieren.

Wer die Fotos gemacht hat und wie sie an die Öffentlichkeit gelangten, ist noch unklar. (*Fiji Times* 12.7.16, 14.7.16, 15.7.16, 19.7.16, *Television New Zealand One News* 12.7.16, *Radio New Zealand International* 18.7.16, 17.8.16)

Fidschi ratifiziert als erster Staat der Welt das Paris Klimaabkommen

Fidschi hat im Frühjahr als erster Staat der Welt das im Dezember beschlossene Klimaabkommen von Paris ratifiziert, um ein Statement für die Dringlichkeit des Klimaschutzes für Inselstaaten und eine zügige Umsetzung des Klimaabkommens zu setzen. Mittlerweile haben 180 Staaten und somit ein Großteil der 195 Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention (UNFCCC), die an den Verhandlungen in Paris teilgenommen hatten, das Abkommen zwar unterzeichnet, jedoch noch nicht ratifiziert. Für eine Ratifizierung ist die Zustimmung des nationalen Parlaments zu einem internationalen Abkommen notwendig. Das fidschianische Parlament stimmte dem Abkommen einstimmig zu. Derzeit haben insge-

samt 23 Staaten das Abkommen bereits ratifiziert, darunter auch die Marshall-Inseln, Nauru, Palau, Samoa und Tuvalu.

Das Abkommen tritt in Kraft, sobald es von mindestens 55 Staaten, die gemeinsam für mindestens 55 % der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, ratifiziert worden ist. Ursprünglich war dafür ein Zeitraum bis 2020 eingeplant, UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hofft allerdings ebenso wie Vertreterinnen und Vertreter der pazifischen Inselstaaten, dass das Abkommen bereits in diesem Jahr in Kraft treten könnte. Dafür wäre insbesondere eine zügige Ratifizierung durch die USA und China notwendig, die beide signalisiert haben, diese noch in diesem Jahr vornehmen zu wollen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat angekündigt, dass das deutsche Parlament noch in diesem Jahr über das Paris-Abkommen abstimmen soll. Aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden die Ratifizierungsurkunden der EU-Staaten jedoch erst dann bei den Vereinten Nationen hinterlegt, wenn alle EU-Mitglieder den Ratifizierungsprozess abgeschlossen haben.

(UNFCCC, *Tagesschau* 22.4.16, *Deutsche Bundesregierung* 6.7.16)

Nach Sieg in Rio: Keine Änderung der Landesflagge

Fidschi behält seine derzeitige Landesflagge. Dies hat Premierminister Voreqe Bainimarama am 18. August 2016 nach dem Sieg der fidschianischen Rugby-Mannschaft bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro bekanntgegeben. Damit gab er einen seit anderthalb Jahren existierenden Plan zur Änderung der Nationalflagge auf. Mit der Änderung der Flagge wollten Bainimarama und seine Regierung die nationale Identität Fidschis stärken und durch die Entfernung des britischen „Union Jack“ das koloniale Erbe hinter sich lassen. Es sei zutiefst bewegend gewesen, die Bestimmung

geisterung der Menschen über den Gewinn der Goldmedaille zu sehen, der sie bei ihren Feiern mit der derzeitigen Landesflagge Ausdruck verliehen hätten, sagte Bainimarama. Auch wenn er persönlich weiter ein Befürworter einer Flaggenänderung sei, glaube er, dass diese in absehbarer Zeit nicht geändert werden solle, um die Freude und die Bilder des Olympia-Siegs, die mit der derzeitigen Flagge verknüpft seien, nicht zu schmälern.

Wie in den vergangenen Ausgaben der *Pazifik aktuell* berichtet, wollte die Regierung die neue Landesflagge eigentlich bereits Anfang 2016 beschlossen haben. Nach Kritik von Opposition und auch aus Teilen der Bevölkerung vertagte die Regierung jedoch die Entscheidung und verlängerte den Zeitraum für die Einreichung von Vorschlägen für eine neue Flagge. Zuletzt war es der Plan, die neue Flagge am Verfassungstag am 7. Dezember einzuführen. Bainimarama verwies bei der jetzt bekanntgegebenen Entscheidung auch darauf, dass er glaube, das Geld, welches eine Flaggenänderung kosten würde, könne insbesondere nach dem Zyklon „Winston“, der Fidschi im Frühjahr getroffen hatte (siehe letzte Ausgaben der *Pazifik aktuell*), sinnvoller eingesetzt werden. Damit übernimmt er hier ein Argument der Opposition, die sich mit Verweis auf die Kosten schon lange gegen eine Flaggenänderung ausgesprochen hatte.

Vor Bekanntgabe der Entscheidung hatten bereits zahlreiche Kommentatoren in den Medien gefordert, die Flaggenänderung nach dem Olympia-Sieg noch einmal zu überdenken. (*Fiji Times* 13.8.16, 18.8.16, *Telegraph* 18.8.16)

Fidschi & Schweden richten Internationale Meereskonferenz aus

Gemeinsam mit Schweden hat Fidschi die Vorbereitung einer bedeutenden Konferenz der Vereinten Nationen zu Fischerei und der nachhaltigen Nutzung von Mee-

ressourcen übernommen. Die UN-Konferenz soll vom 5. bis zum 9. Juni 2017 auf Fidschi stattfinden. Die Tagung ist Bestandteil der Aktivitäten der Vereinten Nationen im Rahmen der sogenannten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs). Eines der insgesamt 17 Ziele, welche im vergangenen Jahr als Nachfolger der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) von den Vereinten Nationen beschlossen worden sind, widmet sich explizit dem "Leben unter dem Wasser". So steht die Konferenz mit dem offiziellen Titel "*United Nations Conference to Support the Implementation of Sustainable Development Goal 14*" auch unter dem Motto: *Conserve and sustainably use the oceans, seas and marine resources for sustainable development.*

Ein Kernbestandteil der Konferenz wird die internationale Fischerei werden, doch auch strittige Themen wie Tiefseebergbau dürften sich auf der Tagesordnung wiederfinden. Die Konferenz findet parallel zum *World Oceans Day* statt, der jedes Jahr am 8. Juni begangen wird. Ob und in welcher Form sich die deutsche Bundesregierung an der Konferenz beteiligen wird, steht noch nicht fest.

(UN-Generalversammlungsresolution A/RES/70/226, IISD Reporting Services Calendar, *Fiji Sun* 29.12.15)

Wrackteile von Flug MH370 in Fidschi angeschwemmt?

Auf der fidschianischen Insel Munia ist das Wrackteil eines Flugzeugs angeschwemmt worden, das Berichten der Tageszeitung *Fiji Sun* zur Folge möglicherweise von dem seit über zwei Jahren vermissten Flug MH370 der Fluggesellschaft *Malaysian Airlines* stammen könnte. Nachdem das Wrackteil auf der zur Lau-Gruppe gehörenden Insel angeschwemmt wurde, ist es am 29. August 2016 in die fidschianische Hauptstadt Suva gebracht worden, wo es untersucht werden soll. Berichten zur Folge seien Fotos des Wrackteils der Fluggesellschaft und den die Suche nach dem Wrack koor-

dinierenden Institutionen in Australien zugänglich gemacht worden, der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama inspizierte das Fundstück persönlich. Bereits im Jahr 2014, als die Suche nach dem verschwundenen Flugzeug startete, hatten Anwohner berichtet, an der Küste Munias ein Wrackteil entdeckt zu haben. Damals konnte das Wrackteil jedoch nicht geborgen und nach Suva transportiert werden, da es Anwohnern zur Folge zuvor wieder im Meer verschwunden sei.

Info: Flug MH370 verschwand im März 2014 aus bisher ungeklärten Gründen vom Radar. Eigentlich sollte das Flugzeug von Kuala Lumpur nach Peking fliegen, es wird jedoch angenommen, dass der Pilot stattdessen eine Flugroute auf das offene Meer nördlich von Australien Richtung Indischer Ozean wählte, wo es schließlich abstürzte. Australische Suchboote haben seitdem weite Meeresgebiete erfolglos nach dem Flugzeug abgesucht. Mittlerweile wurden mehrere kleinere Wrackteile auf der zu Frankreich gehörenden Insel Reunion vor der Küste Afrikas angeschwemmt, die mit großer Wahrscheinlichkeit zu dem verschollenen Flugzeug gehören. (*Fiji Sun* 29.8.2016)

Weltkonferenz für technische Berufsausbildung in Suva

Vom 23. bis zum 25. August 2016 findet die Weltkonferenz für technische Berufsausbildung und Training in der fidschianischen Hauptstadt Suva statt. Die Konferenz wird von der *International Vocational Education & Training Association* (IVETA), einem internationalen Netzwerk von Berufsschullehrerinnen und -lehrern und Serviceanbietern im Bereich der Berufsausbildung, durchgeführt. Darüber hinaus sind auch die *Fiji National University* (FNU) und die *Pacific Association of Technical and Vocational Education and Training* (PATVET) an der von der Europäischen Union geförderten

Konferenz beteiligt, zu der mehrere Hundert Gäste aus über 40 Ländern nach Fidschi reisen. Insbesondere in den asiatischen Schwellenländern gibt es seit Jahren ein großes Interesse an einer Verbesserung der Berufsausbildung, beispielsweise durch einen Ausbau eines dualen Ausbildungssystems nach Vorbild Deutschlands. An der Konferenz nimmt auch Fidschis Präsident Jioji Konrote teil. Er sagte bei der Eröffnung im *Grand Pacific Hotel* in Suva, die Konferenz böte die einmalige Gelegenheit für Fidschi, die Qualität von Bildung neu zu definieren und sicherzustellen, dass es einen besseren Übergang von der Schule in die Berufswelt gebe. (*Fiji Sun* 23.8.16, 24.8.16, *Fiji Times* 23.8.16, www.iveta.org, www.worldvetconference2016.fnutvet.com)

VANUATU

Preis für Ni-Vanuatu

Reginal Garoleo hat als erster Ni-Vanuatu die höchste akademische Auszeichnung einer chinesischen Universität erhalten. Die renommierte *East China Normal University* (ECNU) in Shanghai zeichnete den älteren Master-Studenten mit dem Preis „*Outstanding academic performance in education leadership*“ aus. Gemeinsam mit einer Studentin aus Grenada (Karibik) wurde Garoleo bei der Examensfeier nach der erfolgreich abgelegten Prüfung im Masterstudiengang Erziehung geehrt. Er ist der erste Ni-Vanuatu, der den Studiengang Erziehung an der ECNU absolviert hat und gleichzeitig der erste Student, dem der Preis für exzellente Leistungen zugesprochen wurde.

Garoleo stammt aus dem Dorf Lasive in der Region North Pentecost. Er blickt auf eine beispiellose Karriere zurück. Bereits 1990 und 1991 absolvierte er ein erziehungswissenschaftliches Studium an renommierten Fakultäten in Frankreich, Neukaledonien und Vietnam. Anschließend studierte er an der *University of Papua New Guinea* in Goroka. Bevor er das

Masterstudium in Shanghai aufnahm, leitete er das renommierte *Malapoa College* in Vanuatu. Seit 26 Jahren ist Garoleo Beamter in Diensten des Erziehungsministeriums. Seine zahlreichen Fortbildungen und Studiengänge konnte er stets über Stipendienprogramme finanzieren. Im Laufe seines Lebens wurde er mit vielen universitären Preisen ausgezeichnet, der chinesische Exzellenz-Preis stellt die Krönung seiner akademischen Karriere dar. (*Vanuatu Daily Post* 07.05.16)

Eine Million Palmen geplant

Im Rahmen der „*Vanuatu National Coconut Strategy*“ sollen in den kommenden Jahren bis 2025 eine Million Kokosnusspalmen auf den Inseln gepflanzt werden. Die Setzlinge werden im *Vanuatu Agricultural Research and Technical Center* auf der Insel Santo gezüchtet und dann mit Booten zusammen mit Pflanz Erde auf die Außeninseln gebracht. Mit den Setzlingen sollen vor allem die Regionen wieder aufgeforstet werden, die durch den Zyklon *Pam* im März 2015 zerstört worden waren. Die Gelder für das so genannte *Cyclone Pam Recovery Project* kommen vom Außen- und Handelsministerium sowie von der Regierung. Allein die Regierung finanziert das Pflanzprojekt mit 12 Millionen Vatu (99.000 €).

Agrarminister Matai Seremaiah hofft auf die Unterstützung lokaler Kleinbauern bei der Anpflanzung und Pflege der Setzlinge. Kopra (getrocknete Kokosnuss), Kakao und Kava tragen zu 60 % zum Staatseinkommen bei. Der derzeitige Preis für eine Tonne Kopra beträgt 60.000 Vatu (490,- €).

Das kommende Jahr 2017 soll in Vanuatu zum „Jahr der Kokosnuss“ ausgerufen werden, um auf die Bedeutung dieser Ressource für die Bevölkerung aufmerksam zu machen. (*Vanuatu Daily Post* 19.07.16)

Neues Büro für Katastrophenmanagement

Die Regierung baut derzeit ein Bürogebäude für das Katastrophenmanagement nach dem Zyklon *Pam* vom März vergangenen Jahres. Agrarminister Matai Seremaiah erklärte, man habe so viele Hilfgelder erhalten, dass man ein eigenes Büro zur Verwaltung und Verteilung der Gelder benötige. Für das „*Management Project Unit Haos*“ habe man bereits kundige Sachbearbeiter und Spendenverwalter angestellt. Diese sollen die Vergabe der Gelder an die betroffenen Regionen verwalten, wenn nötig weitere Spenden einwerben und die Abrechnungen der verwendeten Gelder überwachen. (*Radio NZ Intern.* 02.08.16)

Rang Vier auf Happy Planet Index

Bei der diesjährigen Erhebung des „Happy Planet Index“ hat es Vanuatu auf Rang 4 der Weltrangliste geschafft. Nachdem Vanuatu die Liste des glücklichsten Staates der Welt seit Einführung des Index 2006 jahrelang angeführt hatte, tauchte das Land in den letzten vier Jahren gar nicht mehr auf der Rangliste auf. Umso erfreuter zeigten sich jetzt die einheimischen Organisatoren der Messung, Mitarbeiter des *National Statistics Office* und des *Vanuatu Cultural Centre*. Sie erklärten, der „Glücksindex“ sei inzwischen zu einem Markenzeichen des melanesischen Inselstaates geworden. Der Tourismus werbe seit Jahren mit dem Slogan „*The happiest people alive*“. Mit der Wiederaufnahme Vanuatus in die Rangliste verbinden die Organisatoren eine Zunahme des Tourismus und mehr mediale Aufmerksamkeit. Vor Vanuatu rangieren bei der diesjährigen Messung Costa Rica (1), Mexiko (2) und Kolumbien (3).

Info: Der Happy Planet Index (HPI) ist ein Index, der ein Maß für die ökologische Effizienz der Erzeugung von Zufriedenheit zu bilden versucht. Der HPI wurde im Juli 2006 von der *New Economics*

Foundation in Zusammenarbeit mit *Friends of the Earth Großbritannien* publiziert. Im Gegensatz zu etablierten volkswirtschaftlichen Indizes wie Bruttoinlandsprodukt oder *Human Development Index* bezieht der Happy Planet Index das Kriterium der Nachhaltigkeit mit ein. Zur Berechnung des HPI werden Werte für Lebenszufriedenheit, Lebenserwartung und Ökologischen Fußabdruck kombiniert. Vereinfacht gesagt, wird die Anzahl der erwarteten „glücklichen Lebensjahre“ - also die durchschnittliche Lebenserwartung multipliziert mit der Lebenszufriedenheit, die wiederum eine Kombination von subjektiv eingeschätzten Werten und objektiv erhobenen Fakten ist - durch den Ökologischen Fußabdruck dividiert. (<http://happyplanetindex.org/>, *Vanuatu Daily Post* 21.07.16)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Demonstration der Gewerkschaft

Die *Gewerkschaft der Arbeiter und Ausgebeuteten* (Union syndicale des travailleurs kanaks et des exploités, USTKE) hat am 3. August zu einer Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit für indigene Kanaken aufgerufen. Über 3.000 Teilnehmer zogen durch die Straßen der Hauptstadt Nouméa und forderten die Gleichbehandlung von indigenen Kanaken und französischen (europäischen) Beschäftigten. Es herrsche ein großes soziales und finanzielles Ungleichgewicht zwischen den Einheimischen und den Französischstämmigen, hieß es seitens der Gewerkschaft. Sie pocht auf die Einhaltung des Vertrages von Nouméa, der gleiche Chancen und Möglichkeiten sowie die Beseitigung des „Ungleichgewichts“ („rééquilibrage“) für alle Ethnien in Neukaledonien vorsieht.

Gewerkschaftspräsident André Forest traf sich im Vorfeld der Demonstration mit dem neukaledonischen Präsidenten Philippe

Germain und forderte diesen auf, für eine Gleichbehandlung und Gleichstellung aller Bewohner des französischen Territoriums zu sorgen. Indigene Kanaken seien unterrepräsentiert in Politik, Gesellschaft, Bildung und Kultur und hätten weniger Bildungs- und Aufstiegschancen, beklagte ein USTKE-Sprecher. Dies gelte vor allem für die ländliche Bevölkerung und hier besonders für die Jugendlichen.

Info: Im Jahr 2018 werden die Einwohner Neukaledoniens in einem Referendum über ihre politische Zukunft abstimmen, also entweder für den Verbleib bei Frankreich oder die Unabhängigkeit. (*Radio NZ Intern.* 04.08.16, <http://ustke.org/>)

† Susanna Ounei

Am 21. Juni starb im Alter von 70 Jahren die kanakische Unabhängigkeitsaktivistin, Dozentin und Schriftstellerin Susanna Ounei in Wellington (Neuseeland).

Die am 15. August 1945 in Ouvéa (Loyalty Islands) geborene Ounei engagierte sich schon in jungen Jahren bei den „Foulards Rouges“, einer 1969 gegründeten radikalen Gruppe von Unabhängigkeitsaktivisten, die sich auch mit Gewalt für die Unabhängigkeit von Frankreich einsetzte. Sie gründete die gewerkschaftliche Frauenorganisation *Groupe de femmes kanak exploitées en lutte*, eine Vorläuferorganisation der Unabhängigkeitspartei *Front Libération National Kanake et Socialiste* (FLNKS). Wegen ihres politischen Engagements wurde Ounei aus den Diensten der Bank, bei der sie als gelernte Bankkauffrau arbeitete, entlassen. 1984 ging sie zunächst für einen Englisch-Sprachkurs nach Neuseeland und kam in Auckland in Kontakt mit der damals noch dort ansässigen Bewegung für einen atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifik (NFIP, *Nuclear Free and Independent Pacific Movement*). Außerdem lernte sie die neuseeländische Frauenbewe-

gung kennen, für die sie 1985 an der dritten Frauenkonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi (Kenia) teilnahm. Sie studierte an der *University of Canterbury* Soziologie und schrieb in den 1980er Jahren zahlreiche Aufsätze für die kanakische Unabhängigkeitsbewegung. 1986 heiratete Ounei den neuseeländischen Universitätsdozenten David Small und ging mit ihm zurück nach Ouvéa. Das Paar adoptierte zwei Kinder. 1995 nahm Ounei als neuseeländische Vertreterin an der vierten UN-Frauenkonferenz in Beijing teil. Die Ehe mit Small ging 1997 in die Brüche. Inzwischen arbeitete Ounei als stellvertretende Leiterin des Referates für die Dekolonisierung im Sekretariat des *Pacific Concerns Resource Centre* (PCRC), das aus der NFIP-Bewegung hervorgegangen war und dessen Büro nach Suva (Fidschi) umgezogen war.

Im Jahr 2000 kehrte Ounei mit ihren Kindern Jessie und Toui nach Wellington zurück. Hier engagierte sie sich vielfältig, u.a. für die Rechte der Maori sowie für das Recht auf Selbstbestimmung in Westpapua und Palästina. Sie nahm an Demonstrationen teil und äußerte sich oft schriftlich in Kommentaren und Leitartikeln über ihr wichtige Themen. Die gläubige Katholikin war Gemeindegmitglied in der Pfarrei St. Anne in Newton, wo sie u.a. einen Wochenmarkt als „Treffpunkt der Nationen“ gründete.

Die kiribatische Historikerin und Poetin Dr. Teresia Teaiwa, die eng mit Susanna Ounei befreundet war, bezeichnete die Verstorbene in einem sehr persönlichen Nachruf als „echte neuseeländische Warrior Woman“.

Ounei wurde in Ouvéa bestattet. (*Nachruf Dr. Teaiwa* 28.06.16, <http://cathnews.co.nz/2016/07/01/kanak-activist-susanna-ounei-died/>)

† Dr. Michel Rocard

Am 2. Juli verstarb in Paris der ehemalige französische Premierminister (1988 bis 1991) Dr. Michel Rocard im Alter von 85 Jahren. Der sozialistische Politiker

war einer der „Gründerväter“ und treibende Kraft bei der Unterzeichnung des Vertrags von Matignon am 26. Juni 1988. Dieser besiegelte die Autonomie Neukaledoniens und beendete die gewalttätigen Ausschreitungen auf der Insel.

Vom April 1993 bis zum Juni 1994 war Rocard Vorsitzender der Sozialisten. Von 1994 bis 2009 war er Abgeordneter im Europäischen Parlament und Mitglied der parlamentarischen Arbeitsgruppe der Fraktion der europäischen Sozialisten. Von September 1995 bis 1997 war er Senator.

Erst vor einigen Monaten hatte Präsident François Hollande Rocard wegen seiner Verdienste um die Modernisierung der sozialistischen Partei mit dem Großkreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet - der höchsten Ehrung des Landes. Rocard war bereits 1974 der Sozialistischen Partei beigetreten, wo er sich vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen engagierte. Aufgrund seiner Theorien spricht man noch heute in Frankreich vom "Rocardisme".

Michel Rocard war zweimal verheiratet und hinterlässt vier Kinder.

(http://www.lemonde.fr/disparitions/article/2016/07/02/l-ancien-premier-ministre-michel-rocard-est-mort_4962631_3382.html, *Wikipedia*)

MIKRONESIEN

Wahl der Spitzenkandidaten

Palau: Am 27. September wählen die Palauer bei der so genannten „Primary Election“ die Spitzenkandidaten der Parteien für das Amt des Präsidenten und des Vize-Präsidenten. Nur jeweils zwei Kandidaten können pro Partei gewählt werden, um sich damit der Wahl am 1. November 2016 stellen zu können. Um das Amt des Spitzenkandidaten für das Präsidentschaftsamt konkurrieren der amtierende Präsident Tommy

Remengesau, der seine vierte Amtszeit anstrebt, der amtierende Vize-Präsident Antonio Bells, die ehemalige Vize-Präsidentin Sandra Pierantozzi sowie der Senator Surangel Whipps. Um die Aufstellung zur Wahl im November für das Amt des Vize-Präsidenten kämpfen Mlib Tmetuchal, Raynold Arnold Oilouch und Yositaka Adachi.

Mit Stichtag 12. Juli 2016 waren in den 16 Bundesstaaten der mikronesischen Inselrepublik 15.860 Wähler registriert. Wählen dürfen alle Bürger ab 18 Jahren.

(<https://palauelection.org/election-dates/>, *Marshall Islands Journal* 05.08.16)

Moderne Scanner

Nördliche Marianen: Stundenlange Kontrollen von Menschen und Waren am Flughafen von Saipan sowie im Hafen gehören jetzt der Vergangenheit an. Die *Marianas Visitors Authority* hat über eine halbe Millionen US-Dollar zur Anschaffung zweier moderner Scanner aufgewendet. Die mobilen Röntgengeräte sollen am Flughafen sowie im Hafen eingesetzt werden. Vor allem im Hafen werden dadurch die Liegezeiten der Schiffe deutlich verkürzt. Mit den bisher vorhandenen Scannern hat die Kontrolle von Schiffscontainern meist mehrere Stunden bis hin zu einem Tag gedauert. Die neuen Maschinen erleichtern den Zollbeamten nun die Arbeit, da sie zügiger und effektiver Metalle, Drogen oder gefährliche Flüssigkeiten im Gepäck der Flughafenpassagiere und in den Schiffscontainern entdecken.

An der feierlichen Einweihung der beiden Geräte nahmen der Gouverneur der Marianen, Ralph Torres, hochrangige Vertreter von Zoll und Polizei sowie etliche Minister teil. Sie erlebten auch die Vorführung zweier Zollhunde, deren Halter in den vergangenen Monaten eine Fortbildung im Bereich der Drogenfahndung absolviert hatten. Ein Sprecher des Innenministeriums erklärte, mit den neuen Scannern sowie den ausgebildeten Spürhunden habe sich

die Sicherheitssituation auf den Marianen deutlich verbessert. (*Marianas Variety* 04.08.16)

Erfolgreiche Absolventen

Nördliche Marianen: 62 Studierende haben am 9. Juni im *Saipan World Resort* ihre Zertifikate für den erfolgreichen Abschluss im Hotel- und Gastgewerbe entgegengenommen. Die Schülerinnen und Schüler aus der High School hatten vier Monate lang jeweils für drei Stunden nachmittags an drei Tagen pro Woche zusätzlich zum normalen Schulunterricht einen Lehrgang beim *American Hotel & Lodging Educational Institute* (AHLEI) absolviert. Sie durchliefen alle Abteilungen im Hotel- und Gastgewerbe und mussten sich einer mündlichen und praktischen Abschlussprüfung stellen. Zur feierlichen Übergabe der Zertifikate waren neben den Eltern der erfolgreichen Absolventen auch die Bildungsministerin Dr. Rita Sablan sowie der Präsident der Industrie- und Handelskammer Velma Palacios gekommen.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit auf den Nördlichen Marianen bietet der Fortbildungslehrgang „Hospitality and Tourism Management Program“ den Schülern eine solide Ausbildung und gute Chancen im Tourismusgewerbe. In den letzten beiden Jahren haben 250 Schülerinnen und Schüler den Lehrgang der bereits im Jahr 1953 gegründeten AHLEI absolviert, die meisten arbeiten inzwischen erfolgreich in ihren Berufen. (*Marianas Variety* 13.06.16, <https://www.ahlei.org/>)

Klage gegen US-Navy

Nördliche Marianen: Umweltaktivisten der Inseln Tinian und Pagan in den Nördlichen Marianen haben die amerikanische Navy und das Verteidigungsministerium verklagt. Die Klage richtet sich gegen die Pläne des amerikanischen Militärs, auf den Inseln militärische Übungen (so genannte „War Games“) zu veranstalten

und beide Inseln als Munitionstest- und Bombenabwurfsgelände zu verwenden. Die militärischen Übungen würden die Wiederbesiedlung der seit 35 Jahren wegen diverser Vulkanausbrüche verlassenen Insel Pagan vereiteln, hieß es in der Klageschrift, die beim Obersten Gericht in Saipan eingereicht wurde.

Die rund 3.000 Bewohner der Insel Tinian, überwiegend einheimische Chamorros, befürchten die Zunahme von Bomben-Lärm, Restriktionen beim Zugang zu traditionellem Land und zu ihren Fischgründen sowie die Zerstörung kultureller Stätten, sollte die amerikanische Armee die ganze Insel für Übungszwecke nutzen. Bisher steht den Militärs nur ein kleiner Randstreifen der Insel für Übungen zur Verfügung.

Auf der seit 1981 verlassenen Insel Pagan könnten durch die Militärübungen tropische Regenwälder und Korallenriffe zerstört werden. Die vor 35 Jahren evakuierten Bewohner der Insel sehnen sich noch immer nach einer Rückkehr in die „alte Heimat“, wie es einer der Kläger formulierte. (*Honolulu Star Advertiser* 29.07.16, *Wikipedia*)

Veteranen ausgezeichnet

Guam: Zwei ehemalige Soldaten der Nationalgarde von Guam sind mit dem Orden „Purple Heart“ für ihren Einsatz in Afghanistan ausgezeichnet worden. Sergeant 1st Class Peter J.M. Crisostomo and Specialist John F. Chargualaf II waren Teil der „Task Force Guam“, die mit 17 Soldaten von April bis Dezember 2013 in Afghanistan stationiert war. Die beiden Geehrten waren bei einem Einsatz am 13. Mai schwer verletzt worden. Da die Soldaten „direkten Feindkontakt“ hatten, erhielten sie zudem die Auszeichnung „Combat Infantryman Badge“.

Info: Das Purple Heart (deutsch „Violettes Herz“) ist die einzige Verwundetenauszeichnung der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika und gleichzeitig

der weltweit älteste heute noch verwendete militärische Orden. Er wird an Soldaten verliehen, die im Kampf durch gegnerische Kräfte verwundet wurden, ebenso posthum an gefallene Soldaten.

(<http://www.postguam.com/news/local/purple-heart-medals-awarded-to-guam-guardsmen/>)

Zulassung verlängert

Guam: Die Universität in Hagåtña ist für weitere acht Jahre als ordentliche Universität zugelassen worden. Das gab die amerikanische Behörde bekannt, die für die Überprüfung des akademischen Standards von Schulen und Hochschulen in den amerikanisch assoziierten Inseln im westlichen Pazifik zuständig ist (die so genannte *Accrediting Commission for Senior Colleges and Universities of the Western Association of Schools and Colleges*). Universitäts-Präsident Robert Underwood erklärte, die bereits 1952 gegründete Universität entspräche nicht nur den strengen Anforderungen an die akademische Lehre, sondern habe auch ein zuverlässiges Finanzmanagement vorzuweisen.

(*Pacific Daily News* 18.07.16, <http://www.uog.edu/>)

Opfer von Menschenhandel kehren zurück

Föderierte Staaten: Die letzten fünf einer Gruppe von insgesamt 16 Nepalesen sind Anfang August wohlbehalten nach Nepal zurückgekehrt. Die Gruppe aus Nepal sowie 18 Inder waren im Dezember 2014 ohne gültige Papiere und dem Hungertod nahe in den Föderierten Staaten von Mikronesien entdeckt worden. Sie hatten Schlepper dafür bezahlt, auf dem Seeweg nach Australien oder in die USA zu gelangen. Auf dem Weg über Malaysia und Indonesien waren die Flüchtlinge in Mikronesien gestrandet, wo sie ausgehungert und in schlechter körperlicher Verfassung aufgegriffen wurden. Die Behörden setzten die Gruppe in einem Aufnahmelager fest. Mit Unterstützung der *International Organisation of Migration*

waren bereits im Juni dieses Jahres sieben Nepalesen zurückgekehrt, nun bezahlte die mikronesische Regierung auch den verbliebenen Nepalesen das Rückflugticket nach Nepal. (*Radio NZ Intern.* 03.08.16)

Nan Madol jetzt bedrohtes Weltkulturerbe

Föderierte Staaten: Die Ruinenstadt Nan Madol vor Temwen Island, einer Nebeninsel von Pohnpei im Archipel der Karolinen, ist von der UNESCO zum bedrohten Weltkulturerbe der Menschheit (World Heritage in Danger) erklärt worden.

Das ist dem Einsatz des nationalen Konservators der Föderierten Staaten, Augustine Kohler, zu verdanken. Von dem neuen Status erhofft sich Kohler Einnahmen durch Touristen. Das Geld werde dringend benötigt, um Nan Madol im jetzigen Zustand zu erhalten, erklärte Kohler. Vor allem der Anstieg des Meeresspiegels als Folge des globalen Klimawandels gefährde die beeindruckenden Bauwerke auf den Inseln. Es bleibe ein Mysterium, wie es die Bewohner der Frühzeit geschafft hätten, tonnenschwere Steine aufeinander zu schichten und Seewälle um die Inseln zu errichten.

Mit dem Status als bedrohtes Welterbe kann Pohnpei auch Fördergelder für den Erhalt von Nan Madol bei der UNESCO beantragen. Man plane eine bessere touristische Erschließung, so Kohler, stehe aber noch vor dem Problem, dass die meisten Bewohner Nan Madol als heilige Stätte betrachteten und nicht willens seien, sich dort länger mit auswärtigen Besuchern aufzuhalten.

Info: Nan Madol wurde zwischen 1200 und 1500 n. Chr. auf 92 künstlich angelegten Inseln auf einem Korallenriff errichtet. Sie war keine Stadt im heutigen Sinne, sondern primär ein abgegrenztes Ritualzentrum und Wohnstätte einer politisch-religiösen Elite. Nan Madol begann seine Rolle als rituelles

Zentrum des Stammesfürstentums von Madolenihmw um 500 n. Chr. mit dem Aufstieg der Dynastie der Saudeleurs, denen es in einer Reihe von Kriegen gelang, die gesamte Bevölkerung der Insel – wahrscheinlich etwa 25.000 Personen – unter ihrer Herrschaft zu einen.

(http://www.metmuseum.org/toah/hd/nmad/hd_nmad.htm, *Radio NZ Intern.* 04.08.16, <http://whc.unesco.org/en/list/1503>)

Präsident wiedergewählt

Nauru: Bei den Parlamentswahlen am 9. Juli in Nauru konnte sich der seit 2013 amtierende Präsident Baron Divavesi Waqa (Jahrgang 1959) erneut durchsetzen. Wiedergewählt wurden auch der Justiz- und Finanzminister David Adeang sowie die einzige Frau im sechsköpfigen Parlament, die Bildungsministerin Charmaine Scotty.

Zu den Parlamentswahlen waren 67 Kandidaten angetreten. 8.000 Wahlberechtigte konnten ihre Stimme abgeben. Die Kabinettsmitglieder wurden eine Woche nach der Wahl vom Obersten Richter des Landes, Jone Madraiwiwi, vereidigt. (*Radio NZ Intern.* 16.06.16)

MARSHALL-INSELN

Schlechte Schulleistungen

Viert- und Sechstklässler auf den Marshall-Inseln haben bei einem pan-pazifischen Leistungstest in den Fächern Mathematik und Les-/Schreibfähigkeit (in englischer Sprache) am schlechtesten abgeschnitten. Das ist das Ergebnis des jetzt vorgelegten Berichts „Pacific Islands Literacy and Numeracy Assessment“.

Im Einzelnen ergab die Testung, dass Mädchen in beiden Fächern besser abschnitten als Jungen. Schüler in ländlichen Regionen schnitten in Mathematik besser ab als Schüler in städtischen Regionen. Dahingegen war die Les- und Schreibfähigkeit bei Schülern

in der Stadt wesentlich besser als bei Schülern auf dem Land. Die Direktoren der Schulen, die sich zur Präsentation der Testergebnisse im Konferenzzentrum von Majuro Anfang August versammelt hatten, begründeten dies mit der Nutzung von Facebook und Twitter. In städtischen Gegenden ermöglichte der zuverlässige Internetzugang die Nutzung sozialer Netzwerke. Schüler schrieben sich Nachrichten oder posteten Kommentare in Facebook und erlangten dadurch bessere Englisch-Sprachkenntnisse, so ein Direktor einer städtischen Schule.

Info: Mit einem standardisierten Test wurden die mathematischen Kenntnisse sowie die Les- und Rechtschreibfähigkeit von 45.000 Schülerinnen und Schülern der vierten und der sechsten Klasse in 13 Inselstaaten abgefragt. Der Test wurde in 700 staatlichen und privaten Schulen in insgesamt zehn pazifischen Sprachen durchgeführt. Entwickelt wurde der Test bereits im Jahr 2004 von der Bildungsabteilung des *Secretariat of the Pacific Community*. Er wird alle vier Jahre durchgeführt. (*Marshall Islands Journal* 05.08.16, <http://www.eqap.org.fj/Assessment/Regional.aspx>)

Treffen mit holländischer Botschafterin

Die niederländische Botschafterin für die Marshall-Inseln, Maria Christina Theresia Derckx, und ihr Ehemann Sjef Ijzermans, der niederländische *Special Envoy* für die kleinen Inselentwicklungsstaaten im Pazifik, haben Anfang Juni Gespräche mit Präsidentin Dr. Hilda Heine und dem Außenminister John Silk geführt. Die Niederländer waren zu Besuch in Majuro, um über eine engere Zusammenarbeit beider Staaten zu verhandeln. Dr. Heine schlug dazu ein „Memorandum of Understanding“ vor. Beide Staaten hätten Gemeinsamkeiten, wie etwa den Umgang mit den Folgen von Dürre oder Überflutungen. Die Präsidentin beglückwünschte das holländische Paar zum Engagement der niederländischen Regie-

rung im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels. Weite Teile der Niederlande sind flache Küstenabschnitte, die ebenso wie die Inseln im Pazifik vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht sind.

Bei dem Treffen ging es auch um das nukleare Erbe der Marshall-Inseln und die Frage, wie mit den gesundheitlichen Spätfolgen umgegangen werden soll. Botschafterin Derckx zeigte sich äußerst interessiert an diesem Thema und versprach Unterstützung. Zwischen 1946 und 1958 hatten die USA 67 Atomtests auf den Marshall-Inseln (Bikini) durchgeführt. (*Marianas Variety* 15.06.16, *Marshall Islands Journal* 01.07.16)

Neue US-Botschafterin

Die 64-jährige Karen Stewart ist die neue amerikanische Botschafterin für die Marshall-Inseln. Sie übergab Ende Juli ihr Akkreditierungsschreiben an Präsidentin Dr. Hilda Heine. Dr. Heine beglückwünschte die Diplomatin und erklärte, angesichts der guten und langjährigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten - nicht zuletzt wegen des „Compact of free association“- blicke sie zuversichtlich auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Stewart erklärte, sie hoffe, dass die ihrem Vorgänger Thomas Armbruster entgegengebrachte Freundschaft und das Vertrauen nun auch auf sie übertragen werden.

Info: Karen Stewart wurde am 10. April 1952 in Florida geboren. Sie studierte Wirtschaft und Astronomie, bevor sie 1977 dem diplomatischen Dienst beitrug. Von 2006 bis 2008 war sie amerikanische Botschafterin in Belarus (Weißrussland) und von 2010 bis 2013 in Laos. Die ledige Stewart spricht Russisch, Thai und Laotisch. (<http://www.allgov.com/news/appointments-and-resignations/us-ambassador-to-the-marshall-islands-who-is-karen-brevard-stewart-160101?news=858072>)

Frau an der Spitze des Trustfonds

Zum 1. Juli hat Jack Niedenthal sein Amt als Verwalter des *Bikini Trustfonds* für die Lokalregierung der Atolle Kili, Bikini und Ejit (KBE) aufgegeben. Niedenthal hatte dem Büro in Majuro seit 30 Jahren vorgestanden und war u.a. zuständig für die Vergabe der Renten und Hinterbliebenenrente an die ehemaligen Arbeiter auf dem Testgelände für amerikanische Atombomben auf dem Bikini-Atoll. Er hatte den Job als „Bikini Trust Liaison Officer“ seit 1986 inne. Zur Nachfolgerin wählte der Rat der KBE die 44-jährige Frau Lani Kramer. Sie ist bereits seit Jahren Mitglied im Verwaltungsrat des Bikini-Atolls. (*Marshall Islands Journal* 08.07.16)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Erste Frau im Parlament

Tonga: Akosita Havili Lavulavu hat als erste tongaische Frau einen Sitz im Parlament errungen. Sie wurde bei Nachwahlen Mitte Juli als Ersatz für ihren Mann, das Parlamentsmitglied Etuate Lavulavu, für den Wahlbezirk der Inselgruppe Vava'u gewählt. Etuate Lavulavu war vom Obersten Gericht der Bestechlichkeit und des finanziellen Missmanagements überführt worden und musste seinen Sitz abgeben.

Akosita Havili Lavulavu wurde als Vertreterin des Volkes in das Parlament gewählt. Von den 2.775 registrierten Wählern der Inselgruppe Vava'u hatten 1.913 Wahlberechtigte ihre Stimme abgegeben. Mit 343 Stimmen konnte sich Akosita gegen drei männliche Mitbewerber durchsetzen.

Akosita, eine ehemalige „Miss Face of Tonga“, leitet das *Unuaki*

o Tonga Royal Institute in Nuku'alofa, eine Fort- und Ausbildungsstätte für Jugendliche ohne formalen Schulabschluss. Ausbildungsschwerpunkt des Instituts unter königlicher Schirmherrschaft sind der Tourismus und das Hotel- und Gaststättengewerbe. (*Matangi Tonga* 14.07.16, <http://utri.to/about/>)

König weiht restauriertes Kulturzentrum ein

Tonga: Der tongaische König Tupou VI und seine Ehefrau Nanasi-pau'u haben Mitte Juni das restaurierte tongaische Dorf im *Polynesian Cultural Centre* in Laie (Hawai'i) eingeweiht. Die königliche Familie kam feierlich in einem Kanu und legte im Museumsdorf an, in dem sich seit 1963 die pazifischen Inselstaaten Hawai'i, Tahiti, Neuseeland, Fidschi, Samoa und Tonga präsentieren mit „landestypischen“ Behausungen und „lebenden“ Darstellern für Kunsthandwerk, Tanz und Gesang.

Es war der erste Besuch des königlichen Paares im Zentrum seit 1993. Aus diesem Anlass waren rund 100 in Hawai'i lebende Tongaer eingeladen worden. Sie standen Spalier und begrüßten den König und seine Frau mit traditionellen Tänzen und Gesängen.

(*Matangi Tonga* 13.06.16, <http://www.polynesia.com/>)

Unterstützung durch EU

Samoa: Die Europäische Union wird Samoa im Bereich Trink- und Brauchwasser sowie Abwasserentsorgung mit 20,2 Millionen Euro unterstützen. Dieses Abkommen unterzeichneten am Rande des Gipfeltreffens zum Weltentwicklungshilfetag („European Development Day“) am 15. Juni in Brüssel der samoanische Premierminister Tuilaepa Sailele Malielegaoi und Neven Mimica, der europäische Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung.

Mimica betonte die langjährige Unterstützung Samoas durch die Europäische Union. In den letzten Jahren habe man viel Geld in die

Trinkwasserbereitstellung und Abwasserentsorgung investiert. Premierminister Malielegaoi bedankte sich für die kontinuierliche finanzielle Unterstützung und betonte, wie wichtig die Bereitstellung sauberen Wassers auf den Außeninseln in Zeiten des Klimawandels und Meeresspiegelanstiegs sei. (*EU Pressemitteilung* 16.06.16)

Gründung eines Presserats

Samoa: Der Journalistenverband *Journalists Association of Samoa* wird einen Presserat gründen. Unter Vorsitz eines Richters oder eines Rechtsanwaltes sollen in diesem Presserat fünf Vertreter der Medien sowie fünf Vertreter der allgemeinen Öffentlichkeit über presserechtliche Fragen diskutieren sowie Beschwerden der Bevölkerung über mediale Berichterstattung entgegennehmen. Der Presserat soll sich mit der freiwilligen Selbstkontrolle der Medien beschäftigen und dafür Sorge tragen, dass Beschwerden samoanischer Bürger gegen Zeitungsfotos oder Texte ernst genommen und diskutiert werden.

Mit der Einrichtung des Presserats folgt der Journalistenverband den Richtlinien des bereits im vergangenen Jahres verabschiedeten *Media Council Act 2015*. Dieses vom Parlament verabschiedete Gesetz legte die Richtlinien eines freiwilligen Presse- und Ethikcodex fest. (*Pressemitteilung des Journalistenverbandes* 05.07.16)

Zigarettenfabrik genehmigt

Samoa: Das samoanische Parlament hat dem Bau einer chinesischen Zigarettenfabrik in Falelaniu zugestimmt und damit für Empörung in der Öffentlichkeit gesorgt. Kritiker warfen der Regierung „Doppelzüngigkeit“ vor. Erst kürzlich hat das Parlament strengere Nichtraucher-Gesetze verabschiedet und die Tabaksteuer drastisch erhöht, desgleichen auch die Steuer auf zuckerhaltige Produkte. Die Regierung hatte

dies mit dem gestiegenen Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung begründet. Dem stünde der Bau einer Zigarettenfabrik nun diametral entgegen, hieß es. Der samoanische Minister für Handel, Industrie und Arbeit, Lautafi Fio Purcell, rechtfertigte die Genehmigung der Zigarettenfabrik. Dies bringe Einnahmen und schaffe Arbeitsplätze. Wer rauchen wolle, könne sich Zigaretten kaufen und dabei sei es völlig gleichgültig, ob die Zigaretten im Aus- oder Inland hergestellt worden seien, sagte der Minister. Die neue Zigarettenfabrik des chinesischen Franchise-Unternehmens *Coin Save* ermögliche Bauern auch den Anbau und Verkauf von einheimischen Tabakpflanzen (*tapa'a*), was wiederum Einkommen schaffe, erklärte der Minister weiter. (*Samoa Observer* 15.07.16)

Neues Frühwarnsystem

Tuvalu: Ein neues Frühwarnsystem soll die Bewohner von Tuvalu rechtzeitig vor Naturkatastrophen wie Tsunamis oder Hurrikanen warnen. Auf den Inseln werden dazu in den Dörfern oder an markanten Orten Empfangsgeräte der amerikanischen Firma *Chatty Beetle* aufgestellt. Diese können kurze Textnachrichten von einem Satelliten empfangen. Bei Eingang einer Warnmeldung senden die Geräte einen Signalton, der nur abgeschaltet werden kann, wenn Menschen die Nachricht lesen und einen entsprechenden Knopf des Gerätes drücken. So seala Tinilau, Koordinator des *National Adaptation Programme of Action*, verspricht sich von der neu eingeführten Technologie den Zugewinn an Zeit. Wenn Menschen frühzeitig vor Naturkatastrophen gewarnt werden, könnten sie entsprechend reagieren und sich in Sicherheit bringen, so der Koordinator. (*Radio NZ Intern.* 11.06.16)

Gegen Walbeobachtungen

Niue: Nach Schätzungen von Noga Bray aus Niue sind rund 95 % der Bevölkerung gegen die Wal-

beobachtungstouren („Whale Watching“) der Tourismusbehörde. Diese bietet die Touren als „interaktive Fahrt“ an. Die Wale werden von den Schiffen zusammengetrieben. Wenn die Schiffe nah genug an den Meeressäugern dran sind, dürfen die Gäste ins Meer springen und an die Wale heranschwimmen. Bray erklärte, dieses Verhalten stresse die Tiere enorm. Sie tauchten ab und schwammen von den Beobachtungsschiffen weg. Mit ihrem Verhalten vertrieben die Menschen die Wale aus den Gewässern von Niue, die eigentlich unter Schutz stehen. Bray plant eine Petition an die Regierung mit der Forderung, das Whale Watching künftig zu unterlassen.

Info: Auf der seit 1974 durch einen freien Assoziierungsvertrag mit Neuseeland verbundenen Koralleninsel Niue leben etwa 1.200 Menschen. (*Radio NZ. Intern.* 14.06.16)

Serie von Korruptionsfällen

Cook-Inseln: Eine Serie von Korruptionsfällen hat das politische Leben auf den Cook-Inseln erschüttert. Das Parlamentsmitglied für den Bezirk Aitutaki, der ehemalige Minister für marine Ressourcen, Teina Bishop, wurde nach einem dreiwöchigen Prozess einstimmig von den elf Richtern der Korruption schuldig gesprochen. Ihm wird vorgeworfen, zwischen 2011 und 2013 einen regierungseigenen Kredit missbraucht zu haben, um ein Hotelresort auf Aitutaki zu kaufen. Mit Beginn des Prozesses hatte Bishop bereits den Vorsitz über das Koalitionsbündnis der Oppositionellen abgegeben. Er behält jedoch den Vorsitz über die Partei *One Cook Islands Movement*.

Zur Nachfolgerin von Bishop an der Spitze der Opposition wurde überraschend erstmals eine Frau gewählt: Die 39-jährige Rose Toki Brown absolviert derzeit ihre erste Amtszeit im Parlament für den Bezirk Teenui-Mapumai. Sie wurde nach eigenen Angaben von der Wahl zur Oppositionsführerin überrascht.

In einem weiteren Korruptionsfall wurde der Parlamentarier Moana loane von der *Cook Islands Party* der Bestechlichkeit für schuldig befunden. Derzeit untersucht die staatliche Finanzaufsichtsbehörde ebenfalls Fälle von Misswirtschaft und Korruption bei Premierminister Henry Puna, dessen Stellvertreter Teariki Heather und Finanzminister Mark Brown. Zudem prüft die *Financial Intelligence Unit* die Rechtmäßigkeit zweier parlamentarischer Sitzungen im Juni des Jahres. Im Einkammerparlament der Cook-Inseln sitzen 24 Parlamentarier, davon zehn für die Hauptinsel Rarotonga und 14 für die Außeninseln.

Kenner der Cook-Inseln bezeichnen die vielfachen Korruptionsfälle in den hohen Regierungskreisen als „typisch“. Man habe jahrelang versäumt, einen Ethikkodex für Politiker und Machttäger zu entwickeln und diesen Verhaltenskodex auch durchzusetzen, hieß es. (*Cook Islands News* 21.,22.,23.07.16)

Masterplan für nachhaltige Entwicklung

Cook-Inseln: Henry Puna, Premierminister der Cook-Inseln, und Finanzminister Mark Brown haben im Juni den neuen *National Sustainable Development Plan* (NSDP) für die kommenden fünf Jahre von 2016 bis 2020 vorgestellt. In dem Strategiepapier werden Ziele für 16 verschiedene Bereiche genannt, darunter Wohlfahrt, Beschäftigungsverhältnisse, Trinkwasser und Abwasser, Müllentsorgung, Energie und Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Inklusion. Ein Schwerpunkt des Planes liegt bei der wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung der indigenen Bevölkerung, der Cook Islands Maori. Hier geht es vor allem um die Bewahrung ihrer Sprache und Traditionen. Jahresberichte sollen regelmäßig veröffentlicht werden, um über Erfolge und Misserfolge der festgelegten Entwicklungsziele zu informieren. (*Pressemitteilung der Cook Islands Regierung* 14.06.16)

Kunsttherapie für Gefängnisinsassen

Cook-Inseln: Anfang Juli haben Regierungsvertreter, Geschäftsleute, Gefängniswärter und der Leiter des staatlichen Gefängnisses von Rarotonga die erfolgreiche Beendigung eines kunsttherapeutischen Projektes gefeiert.

Die in Neuseeland geborene samoanische Künstlerin Nanette Lelaulu hatte das Kunstprojekt ins Leben gerufen. Die von ihr und Kolleginnen im April des Jahres gegründete Nichtregierungsorganisation *Te Mana Ou* hat sich zum Ziel gesetzt, jugendliche Gefängnisinsassen auf dem Weg zur Rehabilitation zu unterstützen. Lelaulu arbeitete mit zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilten Insassen des *Rock College Gefängnis*. Die sieben ausgewählten Gefangenen beschäftigten sich mit ihrem Leben und ihren Gefühlen und versuchten, diese in Farbe zu malen. Als Abschluss der Kunsttherapie gestalteten die Häftlinge eine 24 Meter lange und 12 Meter hohe Gefängnismauer mit einem fiktivem Motiv: Ein guter und ein böser Drache kämpfen um die Macht, im Himmel schwebt ein mit typischen inseleigenen Tattoos geschmückter Engel als Zeichen der Versöhnung.

Möglich gemacht wurde das Kunstprojekt mit finanzieller Unterstützung durch die *Cook Islands Trading Company*, den *Social Impact Fund* und das *Hotel Pacific Resort*. (*Cook Islands News* 07.07.16)

FRZ.-POLYNESIEN NORFOLK RAPA NUI (OSTERINSEL)

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Honolulu/Hawaii.]

Fritch präsentiert geplantes „Abkommen von Papeete“

Frz.-Polynesien: Anfang Juni kündigte der seit Mitte 2014 amtierende Präsident Französisch-

Polynesiens, Edouard Fritch, seine Absicht an, bis zum Ende dieses Jahres ein Abkommen mit Paris auszuhandeln, in dem die Beziehungen des Territoriums mit Frankreich neu definiert werden sollen. Fritch bezieht sich damit auf das Versprechen des französischen Staatspräsidenten François Hollande, der während seines Besuchs in Tahiti im Februar dieses Jahres ein solches „Abkommen von Papeete“ (in Anlehnung an das 1998 für Neukaledonien geschlossene „Abkommen von Nouméa“) angekündigt hatte.

Kernpunkt des geplanten Abkommens ist einerseits eine formelle Anerkennung der durch die von 1966 bis 1996 in Französisch-Polynesien durchgeführten Atomtests verursachten Schäden und die Verpflichtung Frankreichs, dafür Entschädigung zu leisten. Dies soll sowohl individuelle Entschädigungen für die gesundheitlichen Schäden der Testarbeiter und Bewohner der verstrahlten Atolle sowie die Finanzierung einer onkologischen Abteilung des lokalen Krankenhauses umfassen, als auch weitere Wirtschaftshilfen zum Ausgleich der bis heute nicht überwundenen Fehlentwicklung des Landes in eine künstlich von außen aufgeblähte Konsumgesellschaft während der Atomtests.

Des Weiteren verpflichtet sich Frankreich, die Infrastruktur des Landes im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich weiter zu verbessern und sich für die Förderung polynesischer Kultur einzusetzen. Die geplante Erklärung der für ganz Ostpolynesien historisch bedeutenden historischen Tempelanlage Marae Taputapuatea auf der Insel Raiatea zum Weltkulturerbe der UNESCO soll von Frankreich formell unterstützt werden. Grundsätzlich sollen alle Bereiche, in denen das Territorium sozio-ökonomisch hinter Frankreich zurücksteht, schrittweise auf französisches Niveau angehoben werden, im Rahmen einer Initiative der Hollande-Regierung, alle Ungleichheiten zwischen den Überseegebieten und dem „Mutterland“ zu überwinden.

Das Vorhaben wird mit gemischten Gefühlen bewertet. Für Fritch ist es eine Prestigeangelegenheit, denn er will in die Geschichte als ein Präsident eingehen, der dem Land eine neue Perspektive bieten will, ohne am derzeitigen politischen Status als teilautonomes Land innerhalb der französischen Republik zu rütteln. Sowohl Fritch als auch Hollande wollen mit dem Abkommen außerdem versuchen, die Vereinten Nationen davon zu überzeugen, dass Paris keine Kolonialmacht mehr ist, sondern das Land als autonomes, aber gleichberechtigtes Teil Frankreichs fair behandelt, und deshalb die Wiedereinschreibung des Landes auf die Entkolonisierungsliste der UN vor drei Jahren unnötig sei.

Die beiden anderen politischen Parteien des Landes, *Tahoeraa Huiraatira* unter der Führung von Gaston Flosse (tritt für eine größere Autonomie mit dem Endziel einer freien Assoziierung mit Frankreich ein), und *Union Pour La Démocratie* unter Oscar Temaru (strebt einen international überwachten Entkolonisierungsprozess mit dem Fernziel der vollen Unabhängigkeit an), sehen dagegen das Abkommen als reine Makulatur, die substantiell nichts am politischen Status des Landes ändern wird.

In der Tat gibt es zwischen dem geplanten Abkommen und demjenigen von Nouméa gewaltige Unterschiede. Anders als in Neukaledonien sind keinerlei Veränderungen der politischen Institutionen des Landes geplant. Auch wird nicht versucht, einen Konsens aller politischen Parteien des Landes zu erreichen, sondern auf Seite Französisch-Polynesien ist lediglich die derzeitige Landesregierung mit ihrer knappen Parlamentsmehrheit Partei des Abkommens. Schließlich gibt es anders als im Nouméa-Abkommen keinen Zeitplan, an dessen Ende ein Plebiszit über den politischen Status des Territoriums steht. All dies lässt erwarten, dass das Entkolonisierungskomitee der UN das Abkommen nicht als Schritt der Entkolonisierung werten wird, sondern vielmehr als Versuch Frankreichs, seine Herrschaft in

der Region mit Hilfe lokaler profranzösischer Politiker zu zementieren. (*Pacific Islands Report, Tahiti-Infos, eigene Analyse*)

Chile beteiligt indigene Organisation an Verwaltung des Nationalparks

Rapa Nui: Die staatliche chilenische Forstverwaltung (Corporación Nacional Forestal, CONAF) hat Ende August mit der indigenen Rapanui-Gemeinschaftsorganisation *Ma'u Henua* („Landpflege“) ein Abkommen unterzeichnet, in dem sie letzterer verschiedene Aspekte der Verwaltung des Nationalparks überträgt.

Der 1995 zum Weltkulturerbe erklärte „Nationalpark Rapa Nui,“ der knapp die Hälfte der Inselfläche bedeckt, umfasst die wichtigsten historischen Monumente und archäologischen Stätten der Insel, deren Besuch die Grundlage des Tourismusgeschäfts ist, von dem die Insel lebt. Die Erklärung der Monumente zum chilenischen Nationalpark und dessen Verwaltung durch die CONAF ist seit Jahrzehnten umstritten, da viele Einheimische dies als Vereinnahmung ihrer Kultur durch die chilenische Kolonialmacht empfinden. Noch verstärkt wurde dieser Eindruck dadurch, dass die CONAF seit einigen Jahren eine hohe Eintrittsgebühr von 30.000 chilenischen Pesos (etwa 40 Euro) pro Besucher erhob, die Einnahmen aber nicht direkt auf der Insel investierte, sondern in die CONAF-Zentrale nach Santiago abführte.

Anfang letzten Jahres hatten deshalb Aktivisten des „Rapanui-Parlaments“ (der basisdemokratischen Versammlung, die den für die Entkolonisierung eintretenden Teil der Bevölkerung von Rapa Nui – mutmaßlich eine knappe Mehrheit der Einheimischen – vertritt), die Zugänge zum Park blockiert und kurzerhand selbst die Eintrittsgebühren erhoben. Nach mehreren Monaten hatte die chilenische Staatsmacht gewaltsam eingegriffen, um die alte Ordnung wiederherzustellen, doch die Re-

gierung hatte eingesehen, dass die bisherige Situation unakzeptabel war. Nach langwierigen Diskussionen war *Ma'u Henua* als repräsentative Gemeindeorganisation mit einem öffentlich gewählten Vorstand gegründet worden, um formell mit CONAF über eine Teilhabe an der Parkverwaltung zu verhandeln. Im Oktober hatte dann in einem Plebiszit eine Mehrheit dafür gestimmt, dass der Nationalpark von der CONAF und *Ma'u Henua* gemeinsam verwaltet werden soll.

Im jetzt unterzeichneten Abkommen ist festgelegt, dass die CONAF die Aufsicht über touristische Unternehmungen auf dem Parkgelände sowie die Erhebung der Eintrittsgebühren an *Ma'u Henua* abtritt. Die Organisation kündigte an, die Einnahmen dafür zu verwenden, die Monumente besser auszuschildern und mehr Einheimische als Parkwächter einzustellen. Nach einem Jahr soll das Abkommen neu verhandelt und möglicherweise die gesamte Parkverwaltung auf *Ma'u Henua* übertragen werden.

Wie ähnliche frühere Kompromisse ist das Abkommen allerdings unter den Einheimischen umstritten. Während 792 Personen an der Wahl des Vorstands von *Ma'u Henua* teilnahmen, votierten kurze Zeit später nur 333 für die gemeinsame Verwaltung des Parks. Die Mehrheit boykottierte die Abstimmung, da sie nur eine sofortige Abtretung der gesamten Parkverwaltung an die Inselgemeinschaft für akzeptabel hält.

(*El Mercurio* <http://impresa.elmercurio.com>)

Proteste gegen Re-Kolonisierung halten an

Norfolkinsel: Die Proteste der Einwohner der Norfolkinsel gegen die willkürliche Abschaffung ihrer autonomen Landesregierung vor einem Jahr reißen nicht ab. Im Juli 2015 hatte die australische Bundesregierung das seit 1979 bestehende Autonomiestatut des australischen Überseeterritoriums abgeschafft, die Landesregierung

abgesetzt, den Landtag („Legislative Assembly“) ersatzlos geschlossen, und die Verwaltung der Insel einem von Canberra ernannten Administrator unterstellt. All dies, obwohl zuvor eine Zweidrittelmehrheit der Einwohner eine solche Maßnahme in einem Referendum abgelehnt hatte. In Folge hatte der Administrator unter anderem kritische Journalisten der lokalen Radios fristlos entlassen, Angestellten der Inselverwaltung aufgrund kritischer Äußerungen willkürlich das Gehalt gekürzt und die Inneneinrichtung des Plenarsaals des Landtags komplett entfernen lassen, um jegliche Spuren der Selbstverwaltung der Insel zu tilgen.

Diese anachronistische Wiedereinführung einer autoritären Kolonialherrschaft im 21. Jahrhundert hatte zu starken Protesten der Inselbevölkerung geführt. Praktisch alle früheren Mitglieder der Landesregierung hatten daraufhin die Bürgerrechtsbewegung *Norfolk Island People for Democracy* (NIPD) gegründet, die gemeinsam mit dem Ältestenrat der Insel mehrere Demonstrationen organisiert, Rechtsbeschwerden gegen die australische Regierung eingelegt sowie eine Petition an das Entkolonisierungskomitee der Vereinten Nationen verfasst hatte. Des Weiteren errichteten Aktivisten vor dem Landtagsgebäude ein Zeltlager mit dem Ziel, solange dort zu campen, bis der Landtag wiederhergestellt wird.

Am 28. Mai wurde schließlich ein sogenannter Regionalrat gewählt, der im Rahmen des aufgezwungenen neuen politischen Systems die Inselbevölkerung vertreten soll, aber im Vergleich zur früheren autonomen Landesregierung kaum eigene Entscheidungsgewalt hat. Das Wahlergebnis bestätigte die mehrheitliche Ablehnung des neuen Verwaltungssystems, da drei der fünf gewählten Regionalräte Mitglieder von NIPD sind, ein weiterer politisch neutral ist, und nur einer die australische Position vertritt. Unter den Regionalräten wurde Robin Adams (NIPD), ehemalige Kultur- und Sozialministerin der autonomen Landesregierung, zur Bürgermeisterin und

der radikalere, für die volle Unabhängigkeit von Australien eintretende NIPD-Aktivist John McCoy zum Vize-Bürgermeister gewählt.

Zwei Monate nach der Wahl äußerte sich Lisle Snell, der letzte Ministerpräsident der Landesregierung, der ebenfalls als NIPD-Mitglied in den Regionalrat gewählt wurde, sehr kritisch über das neue Regierungssystem. Er habe versucht in dessen Rahmen zu arbeiten, aber habe schnell feststellen müssen, das es für die Bedürfnisse der Insel vollkommen ungeeignet sei. Die von Canberra aufgezwungenen „Reformen“ des Steuer-, Gesundheits- und Sozialwesens zeigten bereits nach wenigen Wochen negative Wirkungen und insbesondere ältere und ärmere Insulaner machten sich große Sorgen um ihre Zukunft, sagte Snell. (*Eigene Beobachtungen, The Norfolk Islander, Pacific Islands Report*)

HAWAI'I

Eklat bei Abschlusszeremonie der Kamehameha-Schule schlägt hohe Wellen

Eine Aktion des passiven Widerstands hawaiischer Oberschüler gegen die US-Okkupation Hawai'is sorgte Ende Mai für großes Aufsehen. Bei der diesjährigen Abschlusszeremonie der Kamehameha-Oberschule, bei der den Abgängern feierlich ihre Zeugnisse überreicht werden (in etwa einer offiziellen Abiturfeier in Deutschland vergleichbar), wurden wie üblich zu Beginn die amerikanische Nationalhymne „Star Spangled Banner“ und dann die hawaiische Nationalhymne „Hawai'i Pono'i“ gespielt. Zwölf der Schüler weigerten sich, für die amerikanische Hymne aufzustehen, und blieben solange sitzen, bis die hawaiische gespielt wurde.

Die Kamehameha-Schule wurde Ende des neunzehnten Jahrhunderts von Prinzessin Pauahi, einer der reichsten landbesitzenden

Adeligen im hawaiischen Königreich, gestiftet und ist eine der besten Privatschulen des Archipels und mit einem geschätzten Vermögen von knapp 10 Milliarden US-Dollar weltweit eine der reichsten gemeinnützigen Stiftungen. Entsprechend des Testaments der Prinzessin werden als Schüler hawaiische Ureinwohner bevorzugt, und die Schulgebühren sind im Vergleich zu anderen Privatschulen erschwinglich und können in Härtefällen sogar ganz gestrichen werden, da die Schule hauptsächlich aus den Erträgen des Land- und Kapitalbesitzes der Stiftung finanziert wird.

In Folge der US-Invasion von 1893 und der permanenten Okkupation des Archipels durch die USA im Jahr 1898 wurde die Schule allerdings ebenso wie praktisch alle anderen öffentlichen und privaten Institutionen Hawai'is gleichgeschaltet, und über Generationen wurden die dortigen Kinder wie in allen anderen Schulen mit amerikanischer Propaganda indoktriniert. Erst in den letzten Jahrzehnten begannen einzelne Lehrer erneut, sich am Testament der Gründerin zu orientieren und den Schülern die Geschichte und Kultur Hawai'is zu lehren, aber in der Administration der Schule dominieren nach wie vor Propagandisten amerikanischer Assimilation.

Dass dieses Jahr zum ersten Mal Schüler eine Geste des offenen Widerstands gegen die amerikanische Indoktrination tätigten, zeugt davon, dass die Bemühungen der oben erwähnten fortschrittlich gesinnten Lehrer sowie vieler anderer hawaiischer Aktivistinnen und Akademiker mehr und mehr Erfolge zeitigt. In Fernsehinterviews erklärten zwei der Schüler, dass sie insbesondere durch ihre Eltern beeinflusst wurden, und sich berufen fühlten, der Gründerin der Schule dadurch Respekt zu zollen, nicht länger den Symbolen der Besatzungsmacht zu huldigen.

Die Rektorin der Schule Debbie Lindsey dagegen zeigte sich in einer Presseerklärung über das Verhalten der Schüler bestürzt

und beschuldigte sie, sich unehrenhaft und störend verhalten zu haben (obwohl ihr Protest rein passiv war und das Abspielen der amerikanischen Hymne gar nicht gestört wurde) und kündigte disziplinarische Schritte gegen sie an.

Die ruppige Reaktion der pro-amerikanischen Schulleitung erreichte allerdings genau das Gegenteil, nämlich dass der Vorfall außerhalb der Schule erst richtig bekannt wurde. Zahlreiche hawaiische Aktivistinnen und Intellektuelle solidarisierten sich mit den Schülern. In einem offenen Brief lobte die frühere Kamehameha-Schülerin Noelani Goodyear-Ka'ōpua, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität von Hawai'i, die Schüler für ihr unabhängiges kritisches Denken und für ihren Mut, zivilen Ungehorsam zu leisten und ihre nationale Identität als Hawaiier hochzuhalten. (*Hawaii News Now, The Hawaii Independent, eigene Recherchen*)

Gerichtsentscheid über Inselstreit im südchines. Meer hat Konsequenzen für Hawai'i

Das umstrittene Urteil des Ständigen Schiedshofs (Permanent Court of Arbitration) in Den Haag im Streitfall *Philippines v. China* um von China beanspruchte Inseln im südchinesischen Meer vom 12. Juli, das international ein großes Medienecho fand, hat unbeabsichtigte Konsequenzen für Hawai'i, und zwar in zwei unterschiedlichen Bereichen.

Zunächst ist bezeichnend, dass in der offiziellen Eingabe der Regierung der Philippinen an den Gerichtshof der vor dem gleichen Gericht im Jahr 2001 verhandelte Fall *Larsen v. Hawaiian Kingdom* als Präzedenzfall zitiert wurde. Es geht dabei zwar nicht um die Substanz letzteren Falles, d.h. die Illegalität der amerikanischen Okkupation Hawai'is, sondern um ein technisches Detail der Jurisprudenz, aber allein die Tatsache dass der *Larsen*-Prozess, in dem das Hawaiische Königreich eine

staatliche Partei war, in der philippinischen Eingabe zitiert wurde, erhöht das internationale Profil Hawaiis als unabhängiger Staat und trägt damit dazu bei, den Anspruch der USA auf die Inseln zu untergraben.

Zweitens hat der Gerichtsentcheid Auswirkungen auf die Seerechtsansprüche mehrerer pazifischer Inselstaaten, darunter insbesondere auch Hawaiis. Das Gericht hatte nämlich in Bezug auf die beanspruchten Seerechtszonen um die von China durch Landaufschüttungen zu Marine- und Luftwaffenstützpunkten ausgebauten Sandbänke und Korallenriffe im südchinesischen Meer eine Grundsatzentscheidung getroffen und festgelegt, unter welchen Umständen ein geographisches Objekt als Insel gilt, um die herum eine 200-Seemeilenzone beansprucht werden kann. Als solche Insel gilt demnach nur ein über Wasser befindliches natürliches geographisches Objekt, auf dem ohne moderne technische Veränderungen „*menschliche Besiedlung und ein eigenständiges wirtschaftliches Leben*“ möglich sind. Eingeschlossen darin sind traditionelles indigenes Seenomatum innerhalb einer Gruppe kleiner Inseln, die einzeln zur permanenten Besiedlung ungeeignet wären, aber ausgeschlossen sind künstlich von außen versorgte Siedlungen eines modernen Staates wie Militärstützpunkte, Forschungsstationen oder Siedlungen zum Zweck des Abbaus von Ressourcen. Natürliche geographische Objekte, die die rechtliche Definition als Insel nicht erfüllen, gelten völkerrechtlich als „Felsen“ (kein geologischer Begriff, er kann sowohl Felsformationen als auch Sandbänke umfassen), und ein Staat, unter dessen Souveränität ein solcher Felsen steht, kann um ein solches Objekt herum nur die Territorialgewässer einer 12-Seemeilenzone, nicht aber eine exklusive Wirtschaftszone von 200 Seemeilen beanspruchen.

Während die acht Hauptinseln des hawaiischen Archipels ohne jeden Zweifel die Definition des Gerichts erfüllen, sind die meisten der unbewohnten Außeninseln des Ar-

chipels völkerrechtlich nur Felsen. Die von den USA um die hawaiischen Inseln beanspruchte 200-Seemeilenzone wäre somit infolge des Gerichtsurteils drastisch geschrumpft. Mehrere kleinere Inseln des hawaiischen Archipels wie z.B. die French Frigate Shoals und das Kalama(Johnston)-Atoll, waren nur Sandbänke, bevor die amerikanische Regierung sie Mitte des 20. Jahrhunderts durch Landaufschüttung zu Marine- und Luftwaffenbasen ausbaute, genauso wie China es zur Zeit auf mehreren Inseln im südchinesischen Meer tut. Die von Washington verkündete Ausdehnung des Meeresschutzgebiets Paphānaumokuākea um die nordwestlichen hawaiischen Inseln wäre somit nach dem Urteil in *Philippines v. China* rechtlich gar nicht möglich, da um die entsprechenden Inseln keine 200-Seemeilenzone beansprucht werden kann und es sich um internationale Gewässer handelt.

(Gerichtsurteil auf der Website des Internationalen Schiedshofs
<https://www.pcacases.com/web/sendAttach/1506>, Hawaiian Kingdom blog, eigene Recherchen)

Neue Schiffsverbindung

Die US-amerikanische Reederei Matson Navigation Company (kurz: Matson) nimmt am 10. August eine Direktverbindung von Hawaiis nach Samoa und US-Samoa in ihr Angebot auf. Bisher gab es keine direkte Schiffsverbindung zwischen Hawaiis und US-Samoa, die Waren mussten mit Zwischenhalt auf dem amerikanischen Festland verschifft werden.

Die Direktverbindung entstand auf Anregung von Laauli Michael Jones, einem ehemaligen Rugby-Spieler der neuseeländischen Nationalmannschaft *All Blacks*. Jones arbeitet seit 2006 für Matson, wo er zum Geschäftsführer von Matson New Zealand aufstieg. Er nutzte seinen Bekanntheitsgrad, um für eine direkte Verbindung zwischen den Inseln zu werben. Ihm ist auch die finanzielle Unterstützung der samoanischen Rug-

by League durch Matson zu verdanken. (Artikel von Julia Ratzmann. Quellen: Radio NZ Intern. 23.06.16, Pressemitteilung Matson 27.06.16)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Neues Pasifika TV

Das neuseeländische Außenministerium finanziert eine neue Dienstleistung der *Pacific Cooperation Broadcasting Limited (PCBL)*, das „Pasifika TV“. In diesen neuen pazifikweiten Fernsehkanal kann das neuseeländische staatliche Fernsehen ab sofort Nachrichten, Serien und Spielfilme einspeisen. Das Sendeprogramm des neuen Kanals wiederum wird in 20 Fernsehstationen auf den pazifischen Inseln eingespeist. Vorteil des *Pasifika TV*: Durch die Unterstützung des Ministeriums ist die Einspeisung über den IS-19 Fernsehsatelliten in regionale Fernsehsender kostenlos für Sender und auch die Empfänger des Programms. Die Zuschauer auf den pazifischen Inseln erhalten so Zugang zu den Programminhalten des staatlichen neuseeländischen Fernsehens. Dabei können regionale Fernsehsender jedoch selbst entscheiden, welche Programmteile aus *Pasifika TV* sie in ihr Programm übernehmen wollen. Endverbraucher können über eine App für ihre mobilen Endgeräte einzelne Sendungen auf das Handy herunterladen und unabhängig von Zeit und Ort direkt auf dem Handy anschauen. Über die App können Fernsehzuschauer auch Wünsche an *Pasifika TV* schicken, welche Serien oder Filme mit in das Programm aufgenommen werden sollen.

Durch die Zusammenarbeit der PCBL mit namhaften Bezahlsendern wie etwa SKY werden künftig Fernsehzuschauer auf den Inseln über *Pasifika TV* auch in den Genuss des Fernsehprogramms kommen, dass ursprünglich nur gegen Bezahlung zu sehen war. (Samoa Observer 16.06.16, <http://pasifikatv.co.nz/>)

Botschafter besucht Westpapua

Relativ geheim gehalten wurde der Besuch einer pazifischen Botschafterdelegation in Westpapua im Juni des Jahres. Auf Einladung des indonesischen Ministers für Sicherheit, Luhut Panjaitan, hatten die für Indonesien zuständigen Botschafter von Neuseeland, Papua-Neuguinea (Peter Ilau), den Salomonen (Salana Kalu) und Fidschi (S.T. Cavuilati) die Region Papua besucht. Wo genau sich die Delegation mit Vertretern der indonesischen Regierung traf, ist nicht bekannt. Erst Ende Juli gab die neuseeländische Regierung wenige Informationen über diesen Besuch an die Presse weiter. So hieß es, der neuseeländische Botschafter Trevor Matheson habe die Möglichkeit gehabt, sich über die Menschenrechtssituation in Westpapua zu informieren. Außerdem habe er erfahren, wo Indonesien seine entwicklungspolitischen Herausforderungen sehe. Er habe sich über die Situation der politischen Gefangenen informieren können. Auch habe er sich über die Beschränkung der Pressefreiheit in Westpapua kundig gemacht. Matheson konnte sogar mit einem Vertreter der indonesischen *Commission for the Disappearance and Victims of Violence* (KONTRAS) sprechen.

Was genau der Botschafter in der Provinz Papua herausfand und wie sich die indonesische Regierung verhielt, gab die neuseeländische Regierung nicht an die internationale Presse weiter. Man wolle die Souveränität Indonesiens nicht angreifen und werde deshalb keine weiteren Informationen zu diesem sensiblen Thema weitergeben, hieß es.

Der erfahrene Diplomat Dr. Trevor Matheson ist seit Januar 2015 der neuseeländische Botschafter in Indonesien. (*Radio NZ Intern. 01.08.16*, <https://www.mfat.govt.nz/en/countries-and-regions/south-east-asia/indonesia/new-zealand-embassy-and-mission-to-asean/trevor-matheson/>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Tag der Pressefreiheit 2017

Indonesien: Die pan-pazifische Medienaufsichtsbehörde *Pacific Freedom Forum* hat beschlossen, den Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai 2017 in Indonesien zu feiern. Forumssprecher Titi Gabi aus Papua-Neuguinea sagte, dies zwingt die indonesische Regierung dazu, sich mit der Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit in ihrem Land intensiv zu beschäftigen. Es sei höchste Zeit, dass Indonesien die Provinzen Papua und Westpapua öffne und den Journalisten den Zugang zu diesen Regionen ermögliche. Ausländische Medienvertreter müssten wieder uneingeschränkten Zugang zu den Unruheprovinzen bekommen, forderte Gabi. Mit den Feierlichkeiten im nächsten Jahr erzeuge man nun einen gewissen Druck, dass sich die indonesische Regierung endlich ernsthaft mit der Lage der Pressefreiheit befasse. (*Radio NZ Intern. 07.07.16*)

† Olga Helena Hamadi

Westpapua: Am 28. Juli starb die Menschenrechtsanwältin Olga Helena Hamadi nach einer längeren Krankheitsphase in einem Krankenhaus in Jayapura. Die genaue Todesursache ist noch nicht bekannt.

Die 33-jährige Olga Hamadi arbeitete seit 2005 für die Rechtshilfeorganisation *LBH Papua* (Papuan Legal Aid Foundation) und seit 2009 für die *Kommission für Verschwundene und Opfer von Gewalt* (KONTRAS Papua). Sie übernahm politisch sensible Fälle, meist von indigenen Papuas, die wegen ihrer Meinungsäußerungen oder ihrer Teilnahme an Demonstrationen wegen Hochverrats angeklagt waren. Viele ihrer Mandanten wurden unrechtmäßig ver-

haftet und in der Haft von der Polizei misshandelt oder gefoltert. Einer ihrer bekanntesten Mandanten war der 56-jährige Aktivist Filep Karma, der aufgrund des Hissens der Morgensternflagge bei einer Demonstration im Dezember 2004 verhaftet worden war und erst im November 2015 aus der Haft entlassen worden war.

Aufgrund ihres Einsatzes für die Rechte indigener Papuas wurde Hamadi immer wieder beschattet, eingeschüchtert und bedroht. Beispielsweise wurden 2011 die Bremsleitungen ihres Autos durchgeschnitten, kurz bevor Hamadi zu einer Reise nach Australien aufbrach, um dort auf die Menschenrechtssituation in Westpapua aufmerksam zu machen.

Die niederländische Organisation „Lawyers for Lawyers“, die sich des Schutzes bedrohter Rechtsanwälte verpflichtet hat, hatte Hamadi bereits mit einem Preis für Courage ausgezeichnet.

(www.westpapuanetz.de, <http://www.pngindustrynews.net/storyview.asp?storyID=826965996§ion=General+News§ionsource=s213&aspdisc=yes>)

Konzertierte Aktion von Menschenrechtsgruppen

Westpapua: Ein Bündnis deutscher, indonesischer und britischer Menschenrechtsorganisationen hat in einer konzertierten Aktion eine Petition an den indonesischen Botschafter in Deutschland, Fauzi Bowo, gerichtet. Unter dem Titel „Recht auf freie Meinungsäußerung für Westpapua“ fordern die Unterzeichner die indonesische Regierung auf, die Menschenrechte zu schützen und zu achten. Die Postkarte listet 4.198 Namen auf. Hierbei handelt es sich um die Personen, die nach Angaben der indonesischen Rechtshilfeorganisation *LBH Jakarta* allein in den Monaten April, Mai und Juni verhaftet worden sind.

In mehreren Städten Westpapas und weiteren Teilen Indonesiens kam es zu friedlichen Demonstrationen, bei denen Tausende gegen die Menschenrechtsverlet-

zungen in Westpapua demonstrierten. Bei den Verhaftungen und in der Untersuchungshaft kam es zu Fällen von Folter und Gewaltanwendung. Im Juli eskalierte die Situation, in den sozialen Netzwerken posteten Aktivisten aus Westpapua Fotos von grausamen Folterungen (mit Todesfolge) von Mitarbeitenden und Unabhängigkeitsbefürwortern.

Die Postkarte kann beim West Papua Netzwerk kostenlos angefordert werden (www.westpapuanetz.de). Sie soll dann unterschrieben zur indonesischen Botschaft nach Berlin geschickt werden.

An der Postkartenaktion, die auf Initiative des Vorsitzenden des West Papua Netzwerk-Beirates entstand, beteiligten sich die International Coalition on Papua, das West Papua Netzwerk, Papuans behind Bars, tapol und LBH Jakarta. (*West Papua Netzwerk online, diverse Facebook-Seiten aus WP*)

Neumitglied beim PIDF

Timor-Leste: Am 14. Juli hat der Außenminister von Timor-Leste, Hernani Coelho da Silva, mit seiner Unterschrift den Beitritt zum *Pacific Islands Development Forum* (PIDF) beurkundet. Die feierliche Beitrittszeremonie fand im Rahmen des Gipfeltreffens der Mitglieder des PIDF in Honiara (Salomonen) statt.

PIDF-Generalsekretär François Martel begrüßte den Beitritt des noch jungen Staates. Das Forum erweitere so sein Einzugsgebiet auch in Richtung westlicher Pazifik und ermögliche es den Mitgliedsländern, mit einer „starken pazifischen Stimme“ aufzutreten, so Martel.

Info: Das PIDF wurde im August 2013 in Fidschi gegründet. Inzwischen haben sich etliche pazifische Staaten (Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, und Tokelau) sowie die Organisation *Pacific Island Private Sector Organisation* und

der Zusammenschluss aller Nichtregierungsorganisationen (*PIANGO-Pacific Islands Association of NGOs*) dem panpazifischen Wirtschafts- und Entwicklungsbündnis angeschlossen. (*Fiji Times 19.07.16, Wikipedia*)

Neuer Internetauftritt

Die *Deutsche Osttimor Gesellschaft* (DOTG) hat einen neu gestalteten Internetauftritt. Neben den grundlegenden Informationen zu Ansatz und Zielen dieser deutschen Nichtregierungsorganisation finden sich ausführliche Informationen zu laufenden und ehemaligen Projekten ebenso wie Literatur- und Linktipps. Außerdem gibt es einen kleinen Shop.

Hier geht es zu der neuen Seite: www.osttimor.de

AUSTRALIEN

Kritik an Flüchtlingslager in Nauru

Nach einem Besuch des australischen Flüchtlingslagers auf der Insel Nauru haben Vertreter der Menschenrechtsorganisationen *Amnesty International* und *Human Rights Watch* die australische Regierung der Verletzung der Menschenrechte angeklagt.

Michael Bochenek von *Human Rights Watch* und Anna Neistat von *Amnesty* hatten inkognito im Juli des Jahres die Möglichkeit zu einer 12-tägigen Recherchereise in das Flüchtlingscamp. Ausländische Journalisten müssen normalerweise über 6.000 US-Dollar für ein Einreisevisum nach Nauru bezahlen. Die Regierung von Nauru betreibt eine strikte mediale Abschottung. Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter werden zensiert. Bewusst verberge sich Nauru hinter einer „*Mauer des Schweigens*“ (Zitat), so die beiden Mitarbeitenden der Menschenrechtsorganisationen. Das austra-

liche Sicherheitspersonal der Firma *Broadspectrum* verpflichtete sich mit Dienstantritt auf Nauru zur Verschwiegenheit. Verstöße werden mit zwei Jahren Haft geahndet, wie die Autoren herausfanden.

Nach ihrer Rückkehr verfassten die Beiden einen Bericht über die besorgniserregende Situation in dem Lager. Dieser fußt auf Interviews mit 84 (von insgesamt 1.200) Lagerinsassen aus dem Irak, Pakistan, Somalia, Bangladesch, Kuwait und Afghanistan sowie auf Gesprächen mit den Aufsehern und dem Personal im Auffanglager. Die befragten Flüchtlinge schilderten die katastrophale Unterkunft. Die Menschen schlafen in provisorischen Zelten in glühender Sonne ohne ausreichende, saubere Sanitäreinrichtungen. Die Enge im Lager sowie die Untätigkeit führten zu Aggressionen der Flüchtlingsgruppen untereinander. Besonders litten die Kinder unter der Situation. Wiederkehrende nächtliche Alpträume, das Einnässen und das apathische Verhalten der Kinder zeugten von der schweren psychischen Belastung, so Autor Bochenek. Anna Neisat schildert in dem Bericht die gefängnisartige Umgebung, die Feindseligkeit der Bewohner Naurus sowie die sexuellen Übergriffe auf Alleinlebende.

Bochenek und Neistat beklagen neben den Menschenrechtsverletzungen auch die Perspektivlosigkeit der Inhaftierten. Zwar seien über 70 % der Insassen als Asylsuchende anerkannt, doch verweigere die australische Regierung die Aufnahme der Menschen in Australien. Bei Entlassung aus dem Lager erhalten die Flüchtlinge zwar offizielle Entlassungsdokumente. Auf diesen ist jedoch in der Rubrik Staatsangehörigkeit nicht das Herkunftsland genannt, sondern der Status „Flüchtling“. Dies mache die Visumsbeantragung für andere Länder unmöglich, wie Häftlinge beklagen. Es bliebe ihnen nur die freiwillige Rückkehr ins Camp. Statt der versprochenen maximal sechs Monate Aufenthalt im Camp mussten einige Menschen auch über drei

Jahre auf die Klärung ihres Flüchtlingsstatus warten, wie die Mitarbeiter der Organisationen in Gesprächen herausfanden.

Als besonders dramatisch schildert Neistat in ihrem Bericht an Amnesty die gesundheitliche Versorgung. Erkrankte würden nur unzureichend oder gar nicht behandelt, selbst bei lebensbedrohenden Erkrankungen würden die Menschen nicht in ein australisches Krankenhaus ausgeflogen. Einheimische Ärzte und die von der australischen Regierung beschäftigten Ärzte und Krankenschwestern seien überfordert mit der Vielzahl an Erkrankungen. Für die schwer traumatisierten und an Depressionen leidenden Kinder gebe es gar keine Hilfe.

Der Bericht „Australia: Appalling abuse – neglect of refugees on Nauru“ endet mit einem dramatischen Appell an die Regierungen von Nauru und Australien: *„It is time for Australia and Nauru to end this offshore horror.“*

Das australische Ministerium für Einwanderung und Grenzschutz (Department of Immigration and Border Protection) reagierte mit Ablehnung auf den Menschenrechtsbericht. Viele der Anschuldigungen seien unwahr, hieß es aus der Behörde. Nauru sei ein souveränes Land, das allein verantwortlich sei für die Einhaltung von Recht und Gesetz. Australien leiste nur finanzielle und logistische Hilfestellung bei dem Betrieb des Lagers und sei nicht verantwortlich für Missstände.

(<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/08/australia-cruel-fate-of-refugees-forsaken-on-nauru/>, Radio NZ Intern. 03.08.16, Radio Australia 04.08.16)

Unterstützung für Kakaoproduktion in Samoa

Die australische Regierung hat mit dem samoanischen Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei zum 1. August ein „Memorandum of Understanding“ (MoU) geschlossen. Dabei geht es um den Anbau, die Ernte und die Weiterverarbeitung von Kakaobohnen in Samoa sowie um die Angleichung

des genetischen Materials für die Züchtung neuer Kakaosorten. Namens der australischen Regierung unterzeichnete die australische Botschafterin für Samoa, Sue Langford, in Apia das MoU. Es soll bis Juni 2020 gelten.

Der samoanische Agrarminister Laauli Leuatea Polataivao erhofft sich von dem Abkommen auch bessere Arbeitsbedingungen und größere Absatzmärkte für die samoanischen Kakaobauern. Der Aufbau einer genetischen Datenbank solle helfen, die Produktivität von Kakaobäumen weiter zu erhöhen, sagte der Minister. (*Samoa Observer* 01.08.16)

Ständige Polizeipräsenz?

Die australische Regierung verhandelt derzeit mit den Salomonen über die Zeit nach dem Abzug der *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands* (RAMSI) im Juni 2017 nach einem dann 14 Jahre langen Engagement im Öffentlichen Dienst.

Es gibt Überlegungen, die Hauptstadt Honiara zu einem Stützpunkt der *Australian Federal Police* (AFP) zu machen und die Polizeikräfte der australischen Botschaft in Honiara zu unterstellen. Nach Angaben der Ministerin für internationale Entwicklung und den Pazifik, Concetta Fierravanti-Wells, werde Australien die Salomonen auch nach dem Abzug von RAMSI *„nicht im Stich lassen“* (Zitat). Man sei 2003 auf die Salomonen gekommen, um das Land bei den ethnischen Spannungen zwischen den Bewohnern der Inseln Guadalcanal und Malaita zu unterstützen und habe nun nicht vor, einfach abzuziehen. Man habe natürlich Vertrauen in die einheimischen salomonischen Kräfte, das Land weiter gut zu führen, doch sei Australien im Falle eines inneren Konfliktes oder einer Naturkatastrophe zur sofortigen Hilfe bereit. Da sei ein Stützpunkt der australischen Polizei vor Ort sehr hilfreich, so die Ministerin. (*Redflag* 01.08.16, <http://www.sbs.com.au/news/article/2016/07/22/australia-seeks-permanent-federal-police-station-solomon-islands>)

SPORT

Neuseeland ist Ozeanien-Meister

Papua-Neuguinea: Bereits im Juni gewann die neuseeländische Fußballnationalmannschaft „All Whites“ den Titel bei der Ozeanien-Meisterschaft („OFC Nations Cup“). Das Team unter dem neuseeländischen Nationaltrainer Anthony Hudson besiegte im Sir John Guise Stadium von Port Moresby den Gastgeber Papua-Neuguinea nach 120 torlosen Minuten im Elfmeterschießen mit 4:2 Toren. Zum Helden avancierte dabei Torwart Stefan Marinovic, der seit dem Jahr 2009 in Deutschland für den Regionalligisten *Spielvereinigung Unterhaching* spielt. Der 24-Jährige hielt zwei Elfmeter. Für Neuseeland war es der erste Triumph seit der Ozeanien-Meisterschaft 2008.

Mit dem Sieg qualifizierte sich das Team automatisch für die Teilnahme am *FIFA Confederations Cup*. Dieser findet vom 17. Juni bis zum 2. Juli in Russland statt. Neben Gastgeber Russland und Nachbarland Australien haben sich auch die deutsche Nationalmannschaft sowie die Mannschaften aus Chile (Sieger des Copa América) und aus Mexiko zur Teilnahme qualifiziert. Hinzu kommen Europameister Portugal und der Sieger des Afrika-Cups 2017. (NN 13.06.16, Wikipedia)

Fidschi gewinnt erste Olympia-Goldmedaille der Landesgeschichte

Brasilien: Fidschi hat am 12. August 2016 bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro die erste olympische Goldmedaille in seiner Landesgeschichte gewonnen. Das fidschianische Rugby-7-Team setzte sich im Finale mit 43:7 souverän gegen das britische Team durch. Im Halbfinale hatte Fidschi Japan und zuvor unter anderem

Brasilien und die USA geschlagen.

Im ganzen Land herrschte sowohl nach Bekanntwerden des Siegs als auch bei der Ankunft der siegreichen Rugby-Mannschaft Feierstimmung. Fidschis Premierminister Bainimarama rief den Montag nach dem Sieg zu einem einmaligen landesweiten Feiertag aus. Bei seiner Ankunft in Fidschi wurde das Team von tausenden feiernden Menschen willkommen geheißen. In einem offenen Bus fuhren die Olympia-Sieger durch die feiernde Menge in den Straßen Suvas zum Stadion in der Stadt, in der eine offizielle Zeremonie und ein feierlicher Empfang stattfanden. Die Polizei bedankte sich im Anschluss der großen Feierlichkeiten bei der Bevölkerung dafür, dass alles friedlich geblieben sei und es keine Zwischenfälle gegeben habe. *Fiji Vodafone* ermöglichte während der Feierlichkeiten kostenlose Telefonanrufe, während die Fluggesellschaft *Fiji Airlines* bekanntgab, nur noch das Bier *Fiji Gold* auszuschenken zu wollen.

Zahlreiche Menschen in Fidschi, darunter auch der Oppositionspolitiker und frühere Premierminister Sitiveni Rabuka, fordern währenddessen, dem britischen Trainer der fidschianischen Rugby-7-Mannschaft, Ben Ryan, die fidschianische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Mittlerweile ist er bereits mit der höchsten zivilen Auszeichnung für ausländische Staatsbürger geehrt worden und hat einen traditionellen fidschianischen Häuptlingstitel verliehen sowie dazugehöriges Land in Fidschi geschenkt bekommen.

Rugby war erstmals seit 1924 wieder Teil der olympischen Spiele und wurde in Rio de Janeiro in der sogenannten Rugby-7-Variante durchgeführt. Bei Rugby-7 stehen nur 7 Spieler zur Verfügung und dauern die einzelnen Spiele deutlich kürzer als beim klassischen Rugby. Fidschi war bereits als ein Geheimfavorit in das Turnier gestartet. (Artikel von *Oliver Hasenkamp*. *Fiji Sun* 26.8.16, *Radio NZ Intern.* 17.8.16, *Telegraph* 12.8.16, 18.8.16, *The Guardian* 12.8.16, *BBC* 29.8.16)

„TOK BILONG PASIFIK“

Jesuitenpater geehrt

Guam: Der Jesuitenpater Father Francis X. Hezel SJ ist Mitte Mai bei der Jahrestagung der Nichtregierungsorganisation *Pacific Resources for Education and Learning* (PREL) mit einem Preis für sein Lebenswerk im Bereich der Bildung ausgezeichnet worden. Der 77-jährige gebürtige New Yorker erhielt den Preis „Outstanding Contribution to Education in the Pacific“ im Rahmen eines festlichen Banketts mit rund 90 Gästen im *Outrigger Guam Resort* auf der Insel Guam. Der Jesuit kam 1963 zunächst als Lehrer an die Xavier High School nach Chuuk. Von 1972 bis 2010 leitete er das theologische Ausbildungsseminar *Micronesian Seminar* für den Orden der Jesuiten im Pazifik. Im Laufe seines Lebens, das er bis auf wenige Sabbatmonate im Pazifik verbrachte, veröffentlichte Hezel elf Bücher über Mikronesien sowie zahlreiche Aufsätze und rund 70 Lehrfilme auf Video, darunter eine siebenstündige Dokumentation über die traditionellen Kulturen Mikronesiens.

Hezel wurde aber nicht nur für seine Publikationstätigkeit ausgezeichnet, sondern vor allem für seinen persönlichen Einsatz für die Bildung junger Menschen im nordwestlichen Pazifik. Allein durch seine jahrelange Präsenz vor Ort und sein privates Engagement habe er die Menschen in Mikronesien beeindruckt können, hieß es in der Laudatio über den im Volksmund als „Father Fran“ bekannten Geistlichen. (*Marshall Islands Journal* 15.07.16, *Pacific Daily News* 16.05.16)

Neues Online-Portal zum „Storytelling“

Hawai'i: Die in Hawai'i ansässige Nichtregierungsorganisation *Pacific Resources for Education and Learning* (PREL) hat Anfang Juli

eine Internetplattform gegründet. Diese *Pacific Storytellers Cooperative* versteht sich als Stimme des Pazifiks und versucht, die traditionelle pazifische Kultur des „Geschichtenerzählens“ (storytelling) über die modernen Medien in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und dadurch auch für zukünftige Generationen zu bewahren. Auf dieser Seite können alle Pazifikinsulaner Geschichten, Fotos, Märchen und Legenden, aber auch aktuelle Informationen aus der Region einstellen.

Die Seite lebt vom Mitmachen. Bisher nutzen jedoch nur wenige Menschen das Angebot zum Mitmachen, darunter die bekannte marshallische Poetry Slammerin Kathy Jetnil-Kijiner sowie der „National Geographic“-Fotograf Dan Lin.

Hier geht es zu dem neuen Portal:

www.storytellers.prel.org

(*Pacific Islands Report* 05.07.16, eigene Recherche)

QR-Code aus Mangroven soll auf Klimawandel aufmerksam machen

Tuvalu: Der taiwanische Konzeptkünstler Vincent Huang hat eine ungewöhnliche Crowdfunding-Aktion im Internet gestartet. Er sammelt Geld, um an der Küste der zu Tuvalu gehörenden Insel Funafala 7.000 Mangroven als Schutz vor Erosion pflanzen zu können. Das Ungewöhnliche an dieser Pflanzaktion: Die Mangroven sollen in der Form eines QR-Codes gepflanzt werden. Der zweidimensionale QR-Code besteht aus einer quadratischen Matrix aus schwarzen und weißen Quadraten, die die kodierten Daten binär darstellen. Eine spezielle Markierung in drei der vier Ecken des Quadrats gibt die Orientierung vor. Der Code wird zur Kennzeichnung benutzt. Scannt man den Code mit dem Mobiltelefon, wird man automatisch zu einer Internetseite weitergeleitet.

Künstler Huang (Jahrgang 1971) möchte mit dem gigantischen Mangroven-QR-Code vor allem die Taiwaner und die Chinesen

auf die Auswirkungen des Klimawandels auf niedrig gelegene Inseln im Pazifischen Ozean aufmerksam machen. Die Chinesen wüssten zwar um die Gefahren der Treibhausgase für das Weltklima, gingen trotzdem aber noch zu sorglos mit dem Ausstoß giftiger Gase um. Andererseits seien die Chinesen technik- und mobilfunkbegeistert, so der Künstler. Ein aus der Luft erkennbarer QR-Code bringe Tuvalu viel mediale Aufmerksamkeit und informiere zudem über die Klimawandelproblematik im Pazifik, so der Künstler hoffnungsvoll vor Beginn des Mammutprojekts.

Huang arbeitet bereits seit 2010 mit dem Staat Tuvalu zusammen. So nahm er 2012 als offizieller Repräsentant des Inselstaates an der *United Nations Framework Convention on Climate Change* in Doha teil. Für die 55. Biennale in Venedig im Jahr 2013 gestaltete der Künstler den Pavillon Tuvalus zum Thema Klimawandel und Bedrohung durch den Meeresspiegelanstieg.

Auf der Insel Funafala leben nur fünf Familien. Der QR-Code soll eine Fläche von 900 Quadratmetern bedecken.

Wer sich mit 10,- US-Dollar am Crowdfunding-Projekt „Art Mangroves for sinking Tuvalu“ beteiligen möchte, kann das hier tun: <https://www.indiegogo.com/projects/art-mangroves-project-in-tuvalu-environment#/>

(Radio NZ Intern. 19.07.16, *The China Post* 18.07.16, Wikipedia)

Queen's Young Leaders Award für Pazifikinsulaner

Großbritannien: Mehrere junge Menschen aus pazifischen Inselstaaten sind in diesem Jahr mit dem „Queen's Young Leaders Award“ des britischen Commonwealth ausgezeichnet worden. 45 Jugendliche zwischen 18 und 29 Jahren aus den Commonwealth-Ländern wurden mit diesem Ehrenpreis für besonderes gesellschaftlich-sozial-politisches Engagement geehrt. Die Preisträger

verbrachten eine Woche in London, besuchten u.a. den Stammsitz des Kurznachrichtendienstes Twitter, nahmen an einem Workshop der Universität Cambridge teil und besichtigten die BBC-Studios. Höhepunkt der Woche war ein Besuch im Buckingham Palace, wo die britische Königin Elizabeth II. persönlich die Preise in einem festlichen Rahmen übergab.

Zu den diesjährigen Preisträgern aus dem Pazifik:

Ausgezeichnet wurde die 26-jährige Seini Fisi'Ihoi aus Papua-Neuguinea für ihr Engagement im Bereich der Zivilgesellschaft und hier besonders für ihren Einsatz für Mädchen und Frauen. Die Fidschianerin Luisa Tuilau wurde für die Gründung der studentischen Vereinigung „Youngsolwara“ geehrt, die auf Frauenrechte und Klimawandel durch Musik, Tanz und Literatur aufmerksam macht. Tabotabo Auatabu aus Kiribati arbeitet als Sozialpädagoge in einer Realschule und bemüht sich um ein gewaltfreies Klima an der Schule. Er wurde ebenso ausgezeichnet wie Unique Harris aus Nauru. Die Mutter eines dreijährigen Sohnes ist Vize-Botschafterin von Nauru in Australien. Sie setzt sich besonders für die Belange berufstätiger Mütter ein, die eine Karriere in der Politik anstreben.

Brach Olson aus Neuseeland wurde für seinen Einsatz als Jugendbotschafter der neuseeländischen Abteilung des Kinderhilfswerkes UNICEF ausgezeichnet. Valentino Wichmann von den Cook-Inseln ist Vorsitzende der ersten Vereinigung für Lesben, Schwule und Transgender-Menschen. Nolan Salmon Parairua von den Salomonen hat eine Organisation gegründet, die arbeitslosen Jugendlichen ohne Schulabschluss Perspektiven eröffnet und sich gegen Straßekriminalität einsetzt. Aiona Prescott aus Tonga engagiert sich in einem Künstlerkollektiv, das jungen Menschen über Kreativworkshops Selbstbewusstsein vermitteln will. Easter Tekafa Niko aus Tuvalu hat im Studium in Amerika ein Fundraising-Projekt gegründet,

um Schülern in Tuvalu mit dem Geld eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Mary Siro aus Vanuatu hat verschiedene Sportprogramme für Frauen ins Leben gerufen. Sie arbeitet auch als Beraterin im Bereich Familienplanung und Aids-Aufklärung.

Alexander Stonyer-Dubinovsky aus Australien setzt sich für die Lese- und Schreibfähigkeit der Torres Strait Islander ein. Er lässt ältere Personen Sagen und Legenden in ihrer eigenen Sprache aufschreiben und vertreibt diese über das Internet an Schulen mit indigenen Schülern. Der Australier Jacob Thomas bemüht sich um eine Verringerung der Suizidrate bei homosexuellen Menschen und setzt sich für die Gleichbehandlung der Geschlechter ein.

(<http://queensyoungleaders.com/winners2016/>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Lucia Herold, FSJ'lerin im Referat Pazifik.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Denkmal enthüllt

Anlässlich des 40-jährigen Unabhängigkeitsjubiläums enthüllte die evangelisch-lutherische Kirche in Papua-Neuguinea ein Denkmal in Lae. Bischof Jack Urame sagte, es solle zum einen an die Menschen erinnern, die die Entwicklung im Land vorangebracht haben. Zum anderen solle es an die Arbeit der frühen Christen und Missionare erinnern, die sich für die Kirche opferten. Deren Arbeit sollen die Menschen weiterführen, denn auch die lutherische Kirche ist gewachsen und hat eine wichtige Rolle im Fortschritt des Landes eingenommen. Das Denkmal soll zukünftige Generationen inspirieren. (*The National* 13.07.16)

Christliche Bildung in Schulen

Die ELC-PNG und das neuguineische Bildungsministerium erkannten gemeinsam die Bedeutung von christlicher Bildung in PNG. Das Ministerium befürwortete nun die Verwendung des lutherischen „Rainbow Curriculum“ in allen Schulen und würdigte damit die Bildungsarbeit der Kirche. Die Bildungsinhalte zielen auf alle Jahrgänge inklusive Colleges, Seminare und Universitäten ab. Eingeführt wurde es in Tetep und Kabwum an 13 Grundschulen unter dem Titel: „Beginne eine Reise durch Bildung nach Gottes Wohlwollen“. (*The National* 22.07.16)

Bischof besucht Ukata

Anfang Juli trafen die Menschen von Ukata zum ersten Mal den vor wenigen Monaten gewählten leitenden Bischof Rev. Jack Urame. Für diese Menschen war dies eine seltene und inspirierende Begegnung. Er war eingeladen, um vier neue Pfarrer zu ordinieren und die Arbeit von Landpastoren zu erleben. Diese werden in die „Wildnis“ gesandt, um unter Christen zu leben und zu arbeiten. Urame erkannte auch das Problem der geographischen Isolation besonders im Hinblick auf den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen. Deswegen bat er die Verantwortlichen in der Hauptverwaltung der Kirche in Lae dringend zur Zusammenarbeit, um z.B. die Qualität des Etep Rural Hospital zu steigern. Begleitet wurde Urame auf seiner Reise von Schatzmeister Noreo Keindip und Rev. Hans Giegere. (*The National* 04.07.2016)

Anglikan. Kirchenforum plant Verbesserungen

Am Samstag, den 16.07.2016, kamen anglikanische Christen auf die Einladung von Diözesanbischof Denny Guka zusammen, um die Entwicklung der Diözese Port Moresby voranzubringen.

Sinn und Zweck war es, Schwächen zu identifizieren und neue Möglichkeiten zu finden, den Raum für kirchliche Dienste zu erweitern. Der Leiter der Anglikanischen Kirche in PNG, Erzbischof Clyde Igara, dankte Guka für diese Initiative und rief auch die anderen Diözesen zur Nachahmung auf. Um die Ideen der Teilnehmenden weiter zu verfolgen, gründete das Forum sieben Komitees zu Themen wie z.B. Gesundheit, Bildung und Evangelisierung. (*The National* 15.06.16, 18.07.16)

Gesundheit weiterhin ein wichtiges Thema

Gesundheitsminister Michael Malabag dankte während der nationalen Gesundheitskonferenz zum wiederholten Male dem *Christian Health Services* (CHS) und anderen gemeinnützigen Organisationen für die Unterstützung und betonte deren Wichtigkeit im Gesundheitssektor. „Wir glauben an die Korrelation von gesunden Bürgern und Entwicklung jeder Art“, so Malabag. Dass Umstände wie verspätete Zahlungen und ein brüchiges Gesundheitssystem Herausforderungen darstellen, könne er verstehen. Wegen dieser ausbleibenden Fördermittel mussten die CHS kürzlich verschiedene Leistungen streichen und konnten Gehälter nicht auszahlen. Schuld daran sei das Finanzministerium, meinte der Leiter White Kintak. Es würde nicht helfen, den Zahlungsprozess zu beschleunigen. (*The National*, 14.06.16, 17.08.16)

Aus der kathol. Kirche

Bischof Francesco Sarego hat im Alter von 76 Jahren sein Amt in der Diözese Goroka niedergelegt. Zum Nachfolger wurde im Juni Fr. Dariusz Kaluza gewählt. Er wurde 1967 geboren und im Jahr 1993 ordiniert.

Außerdem wurde Erzbischof John Ribat von Port Moresby in den Ritterstand des *Order of the British Empire* erhoben. Dies geschah anlässlich des Geburtstags von Queen Elisabeth II aufgrund sei-

nes Dienstes an der Gesellschaft und Katholischen Kirche und seines Engagements für Harmonie unter den christlichen Kirchen in Papua-Neuguinea. (*E-Mail von Anne Knoerzer, Missio Aachen vom 13.06.16*)

Waffengewalt zwischen Polizei und Studenten

Anfang Juni ging die Polizei in Port Moresby bei einer Demonstration gegen Studenten der *University of PNG* mit Waffengewalt vor. Dabei wollten die jungen Leute Niuginis gegen Korruption mobilisieren. Die katholische Kirche schaltete sich kurz darauf ein und bot den beiden Parteien an, bei der Konfliktlösung zu helfen. Dafür sprachen sich auch verschiedene studentische Gruppen aus. Ebenso die lutherische Kirche ELC-PNG verurteilte die Polizisten, weil sie ohne Grund auf unbewaffnete Menschen geschossen hätten. Wenige Wochen später ermahnte der Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz von PNG und Solomon Islands die Studenten. Da sich die Gerichte der Sache angenommen haben, sei es nun Zeit, weitere Gewalt verursachende Handlungen zu beenden und in die Klassen zurückzukehren. (*The National* 10./16./17./27.06.16)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Klage gegen Menschenrechtsverletzungen

Pazifik: Die *Pacific Conference of Churches* hat sich einer Klage an den UN-Menschenrechtsrat angeschlossen. Sie beschuldigt Indonesien der Verletzung von Menschenrechten in der indonesischen Provinz Westpapua. Vorgebracht wurde die Klage von einer Anwaltskanzlei für Menschenrechte aus den Niederlanden. Der Generalsekretär der PCC, Reverend François Pihaate, sagte, dass damit eine legale kirchliche Kampagne zur besseren Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von Westpapua beginne. (*Pacific Islands Report* 10.07.16)

Missbrauchsvorwürfe in der katholischen Kirche

Guam: Schon im Jahr 2014 kamen Vorwürfe wegen sexueller Gewalt in der Katholischen Kirche von Guam auf. Seit Mai dieses Jahres versucht nun eine kleine Gruppe von Männern aufgrund von sexuellen Missbrauchsvorfällen gegen den Erzbischof der Erzdiözese, Agana Anthony Apuron, vorzugehen. Sie beschuldigen ihn, dass er sie als Ministranten in den 1970er Jahren sexuell missbraucht hätte. Apuron aber weist diese Anschuldigungen zurück und ist sich keiner Schuld bewusst. Papst Franziskus hat bald darauf reagiert und Erzbischof Savio Tai Fai Hon eingesetzt, um die katholische Kirche in Guam zu betreuen, solange den Anschuldigungen nachgegangen wird. Weil einige Kirchenmitglieder auch mit Apurons Führungsstil nicht zufrieden sind, forderten Demonstranten Apurons Rücktritt. Im Laufe des Verfahrens kamen weitere Anschuldigungen aufgrund von sexuellem Missbrauch hinzu. In einer katholischen Schule in Guam sollen in den 1950er Jahren Kinder von einem Mönch und einem Priester misshandelt worden sein. Der mittlerweile 95-jährige Priester hat sich bereits entschuldigt und bestätigt, dass er wohl am Missbrauch von ungefähr 20 Kindern beteiligt war.

Trotzdem halten die Katholiken von Guam an ihrem Glauben fest, denn die Kirchenleitung bestimme nicht ihren Glauben, hieß es aus der Basis. (*Pacific Islands Report*, 12./16.06.16, 11./17.07.16, 01./04.08.16)

Kirchenmitglieder viel beschäftigt

Marshall-Inseln: Im Juni und Juli war viel los in der Katholischen Kirche. Für 12 Tage trafen sich Gemeindeleiter und Vorbeter von verschiedenen Atollen zu einem Retreat im *Ajeltake Catholic Pastoral Center*. Anfangs beschäftigten sich die Teilnehmer mit der kirchlichen Geschichte. Später gingen sie zu einer Diskussion über den

neuesten enzyklischen Brief von Papst Franziskus „Laudato Si“, in der jeder Mensch ein Bewahrer der Erde sein soll, über. Kurz darauf folgte eine Konferenz katholischer Jugendleiter. Durch viele verschiedene Aktionen sollten diese motiviert werden, die Erde zu schützen und sich in der Kirche einzubringen. (*The Marshall Islands Journal* 05.08.16)

Kirchenrat zu Transgender

Samoa: Der Leiter des *National Council of Churches*, Diakon Kasiano Leupepe, gab nach kontroversen Medienberichten eine klare Stellungnahme zu Transgender ab. Fa'afafine (Transgender) seien von Gott erschaffen und sollten respektiert werden. Zur traditionellen samoanischen Kultur gehörten sie aber nicht, sondern zur modernen. Da sie in der Vergangenheit nicht auftraten, hätten sich Transgender nämlich erst in der jüngeren Zeit entwickelt und beschlossen, ihre physische Erscheinung zu verändern. Seiner Auffassung nach beginne alles bereits im Elternhaus. Das Problem sei schon, wenn Eltern ihren wie ein Mädchen handelnden Jungen nur belächeln anstatt ihn zu belehren, sich wie ein Junge zu verhalten. „Als Kirche“, so Leupepe, „können wir nur beraten, beten und von Gottes Wort erzählen.“ Die Menschen hätten das Recht, ihren von Gott gegebenen Körper zu verändern oder zu behalten, wenn es zu Fa'afafine komme. (*Samoa Observer* 27.06.16)

Häusliche Gewalt beenden

Vanuatu: Zum ersten Mal thematisierten Kirchenleiter Gewalt als Problem in der Kultur Vanuatus, denn fast 100 kirchliche Oberhäupter nahmen an einem Workshop des *Channels of Hope Programm* teil. Dabei lernten sie, wie sie in ihren Gemeinden effektive, seelsorgerische Beratung zum Thema häusliche Gewalt anbieten können. Viele Teilnehmer realisierten dort, dass sie in ihrem eigenen Zuhause beginnen müs-

sen, um eine Veränderung zu bewirken. (*Pacific Islands Report* 21.07.16)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1
Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Tahitipresse • Wantok • Westpaua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE

und

Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neudettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de